

# INHALT

DREI-JAHRES-VERGLEICH	2
ORGANE DER GESELLSCHAFT	3
<b>LAGEBERICHT</b>	
BERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE	4
BERICHT ÜBER FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND UMWELT	14
BERICHT ÜBER DIE WESENTLICHEN RISIKEN UND UNGEWISSHEITEN	14
BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG DES UNTERNEHMENS	15
BERICHT ÜBER ZWEIGNIEDERLASSUNGEN	17
EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG	17
<b>JAHRESABSCHLUSS</b>	
BILANZ	18
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	19
ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS	20
ENTWICKLUNG DER UNVERSTEUERTEN RÜCKLAGEN	22
FRISTIGKEITENSPIEGEL	23
ANHANG – ERLÄUTERUNGEN	24
ANGABEN ZU DEN BETEILIGUNGEN GEMÄSS § 238 Z 2 UGB	38
GLOSSAR	39
BESTÄTIGUNGSVERMERK	40
BERICHT DES AUFSICHTSRATES	42

## DREI-JAHRES-VERGLEICH

DREI-JAHRES-VERGLEICH	MIO. €		
	2009	2008	2007
UMSATZERLÖSE	350,5	351,5	326,3
ERGEBNIS VOR ZINSAUFWENDUNGEN UND STEUERN (EBIT)	77,5	97,5	82,0
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT (EGT)	58,3	69,4	57,0
JAHRESÜBERSCHUSS	48,2	51,9	41,5
BILANZSUMME	1.016,3	937,9	871,6
ANLAGEVERMÖGEN	969,6	885,2	776,7
INVESTITIONEN IN SACHANLAGEN	142,2	158,4	74,7
PLANMÄSSIGE ABSCHREIBUNGEN AUF SACHANLAGEN	57,6	51,5	51,9
EIGENKAPITAL	278,1	281,4	249,3
UMSATZRENTABILITÄT (ROS)	22,1 %	27,7 %	25,1 %
EIGENKAPITALRENTABILITÄT (ROE)	20,2 %	27,0 %	25,3 %
GESAMTKAPITALRENTABILITÄT (ROI)	8,3 %	11,2 %	10,1 %
EIGENKAPITALQUOTE	29,3 %	30,8 %	29,5 %
SCHULDENTILGUNGSDAUER	6,3	5,7	6,5
NETTO-GELDFLUSS AUS OPERATIVER TÄTIGKEIT	123,7	101,8	81,7
NET GEARING (NETTOVERSCHULDUNGSGRAD)	189,3 %	183,5 %	202,6 %
BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER PERSONALSTAND	430	423	436
(DAVON LEHRLINGE)	15	13	14
<b>TRANSPORTMENGE (GWH) <sup>1</sup></b>	<b>37.569</b>	<b>35.707</b>	<b>36.977</b>

<sup>1</sup> inklusive Systembedarf

# ORGANE DER GESELLSCHAFT

## AUFSICHTSRAT

GEWERKE DDR. ERHARD SCHASCHL	VORSITZENDER
MAG. CHRISTIAN KERN	VORSTANDSDIREKTOR 1. VORSITZENDER-STV.
DR. ULRIKE BAUMGARTNER-GABITZER	VORSTANDSDIREKTORIN
DR. MARTIN SCHMID	
MAG. DR. GEORG WESTPHAL	PROKURIST
ING. MAG. PETER KOREN	

## ARBEITNEHMERVERTRETER

HARALD NOVAK	ZENTRALBETRIEBSRATSVORSITZENDER 2. VORSITZENDER-STV.
ING. WOLFGANG LIEBSCHER	ZENTRALBETRIEBSRAT
ANTON PAULITSCH	ZENTRALBETRIEBSRAT

## VORSTAND

BAURAT H.C. DIPL.-ING. DR. HEINZ KAUPA	
MAG. THOMAS KARALL	

## ARBEITS- UND PRÜFUNGSAUSSCHUSS

DDR. ERHARD SCHASCHL	VORSITZENDER
MAG. CHRISTIAN KERN	1. VORSITZENDER-STV.
HARALD NOVAK	2. VORSITZENDER-STV.

# LAGEBERICHT

## BERICHT ÜBER DEN GESCHÄFTSVERLAUF UND DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

<sup>1</sup> European Network of Transmission System Operators for Electricity

VERBUND-Austrian Power Grid AG (APG), die unabhängige Netz-Tochtergesellschaft der Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft), betreibt das größte Übertragungsnetz in Österreich, welches auch Teil des gesamteuropäischen Übertragungsnetzes der Regional Group Continental Europe (RG CE, vormals UCTE – Union for the Coordination of the Transmission of Electricity) der ENTSO-E<sup>1</sup> ist. Als Regelzonenführer ist die APG für die stabile Frequenzhaltung (50 Hz) sowie für die Durchführung des Importes bzw. Exportes von elektrischer Energie zu den Nachbarländern verantwortlich.

Mit einer Trassenlänge von rund 3.500 Kilometern und darauf verlaufenden Leitungen mit einer Gesamtlänge von knapp 6.800 Kilometern bildet dieses Übertragungsnetz für die Verbundgesellschaft das Rückgrat der österreichischen Stromversorgung. Es stellt den überregionalen innerösterreichischen sowie den internationalen Energieaustausch zwischen Erzeugern und Verbrauchern sicher und gewährleistet die stabile Versorgung der Verteilnetze.

Das Übertragungsnetz ist per gesetzlichem Auftrag sicher, effizient und kostengünstig zu betreiben, die Anforderungen des liberalisierten europäischen Strommarkts und die europäischen Sicherheits- und Qualitätskriterien sind zu erfüllen.

### HIGHLIGHTS 2009

- Wesentliche Ausbau-Projekte erfolgreich abgeschlossen bzw. gestartet
- Masterplan Netz 2009–2020: Ausbauplan bis 2020
- Kooperationsvertrag mit der TIWAG-Netz AG unterzeichnet
- Engagement in der Entwicklung des europäischen Strombinnenmarkts

### RAHMENBEDINGUNGEN

#### 3. ENERGIE-LIBERALISIERUNGSPAKET DER EUROPÄISCHEN UNION IN KRAFT

Das 3. Energie-Liberalisierungspaket der Europäischen Union ist am 03. 09. 2009 in Kraft getreten. Wesentliche Änderungen sind ein verschärftes Unbundling-Regime (drei Modelle zur Gewährleistung der Unabhängigkeit der Übertragungsnetzbetreiber), die Gründung eines europäischen Netzwerks der Übertragungsnetzbetreiber mit klaren Aufgaben (Erstellung von Netzwerk-Codes und eines Zehn-Jahres-Investitionsplans) sowie die Schaffung einer Regulatoren-Agentur auf Europäischer Ebene (ACER).

Die Übertragungsnetzbetreiber haben das europäische Netzwerk ENTSO-E bereits im Dezember 2008 gegründet. ENTSO-E hat am 01. 07. 2009 seine operative Arbeit aufgenommen. Die früheren Synchron- und Regionalverbände der Übertragungsnetzbetreiber (UCTE, ETSO etc.) wurden in die ENTSO-E integriert. Die APG ist in allen wesentlichen Gremien der ENTSO-E eingebunden.

Die Regulatoren-Agentur wird derzeit in Ljubljana (SI) aufgebaut und wird am 11. 03. 2011 ihre volle Tätigkeit aufnehmen.

Die Umsetzung der verschärften Unbundling-Vorschriften in nationales Recht soll bis März 2012 abgeschlossen sein.

Das Bundesgesetz, mit dem die Organisation auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft neu geregelt wird (Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz – ELWOG), wurde mit Inkrafttreten des Energieversorgungssicherheitsgesetzes 2006, BGBl. I Nr. 106/2006, geändert. Mit dieser Novelle wurde auch die Organisation der Primärregelleistung neu geregelt. Die APG ist als Regelzonenführer gesetzlich verpflichtet, die Bereitstellung der geforderten Primärregelleistung für die Regelzone der APG zu organisieren. Für 2010 beträgt die permanent vorzuhaltende Reserve zur Primärregelung 65 MW.

#### NEUORGANISATION DER PRIMÄRREGELLEISTUNG

Entsprechend den geänderten gesetzlichen Bedingungen wird, beginnend mit 2010, die Beschaffung der Primärregelleistung über ein elektronisches Ausschreibungssystem ([www.regelleistung.at](http://www.regelleistung.at)) neu organisiert. Teilnahmeberechtigt sind alle Erzeuger, die im Rahmen eines Präqualifikationsverfahrens nachweisen, technisch und organisatorisch in der Lage zu sein, Primärregelleistung zu erbringen und mit der APG einen Rahmenvertrag unterzeichnet haben.

## VERSORGUNGSSICHERHEIT UND NETZBETRIEB

Als Regelzonenführer ist die APG verpflichtet, das (n-1)-Kriterium als international einzuhaltendes Maß für die Versorgungssicherheit einzuhalten. Ein Stromnetz erfüllt dieses Kriterium, wenn ein beliebiges Betriebsmittel ausfallen kann, ohne dass es zur Überlastung anderer Betriebsmittel, zu Versorgungsunterbrechungen oder gar zu einem Blackout kommt.

In den vergangenen Jahren war es nicht möglich, dieses Kriterium durchgehend einzuhalten, sondern es mussten umfangreiche und kostenintensive Engpassmanagement-Maßnahmen gesetzt werden. Auch im ersten Halbjahr 2009 mussten bei der ENTSO-E (vormals UCTE) noch Ausnahmegenehmigungen für die Verletzung der (n-1)-Sicherheit in Anspruch genommen werden. Während Anfang 2009 betreffend des Nord-Süd-Engpasses noch umfangreiches Engpassmanagement notwendig war, verbesserte sich die Situation dank der neuen 380-kV-Steiermarkleitung ab Mitte 2009 deutlich. Risiken bleiben bis zur Inbetriebnahme der 380-kV-Salzburgleitung sowie der Schließung des 380-kV-Ringes jedoch weiterhin bestehen.

Die über das 220/380-kV-Netz (Netzebene 1) transportierte Energiemenge in Höhe von 37.569 GWh erhöhte sich 2009 im Vergleich zum Vorjahr um rund 5,2 %. Ursache dafür war die Steigerung des internationalen Stromausstausches aufgrund der höheren Exporte, wobei die Abgabe an die unterlagerten Netze geringer war.

Für das Geschäftsjahr besonders zu erwähnen ist die zunehmend hohe Schwankungsbreite der Energieflüsse zu den benachbarten nationalen und internationalen Netzpartnern. Der Austausch mit den angrenzenden Regelzonen schwankte im Jahr 2009 zwischen einem maximalen Import von 3.112 MW und einem maximalen Export von 3.047 MW. Die Bewältigung dieser wechselnden Energieflüsse stellt für die APG eine schwierige netzbetriebliche Herausforderung dar, welche einer intensiven und vorausschauenden Kooperation auf europäischer Ebene bedarf.

Um die gesamteuropäische Versorgungssicherheit weiter zu verbessern, wurde von der APG 2009 ein Frühwarnsystem („CEE Awareness System“) erfolgreich in Betrieb genommen, welches vorbeugend und netzpartnerübergreifend über kritische Netzsituationen informiert.

Um künftig noch rascher auf Leitungsschäden, die durch außergewöhnliche Ereignisse wie z.B. das Sturmtief „Emma“ im März 2008 entstehen, reagieren zu können, wurde ein „Security Package“ angeschafft und die Mitarbeiter intensiv auf dessen Einsatz eingeschult. Damit ist es möglich 380-/220-/110-kV-Ersatzfreileitungen von bis zu 2.600 Meter rasch und effizient zu errichten.

## „POWER GRID CONTROL“ ERÖFFNET

Um den massiv steigenden Anforderungen an den Betrieb der „kritischen Infrastruktur Übertragungsnetz“ nachhaltig und langfristig zu entsprechen, wurde seit Juli 2007 ein neues Stromnetz-Kontrollzentrum in Wien-Favoriten errichtet. Die „Power Grid Control“ wurde im Oktober 2009 in Betrieb genommen und ist die modernste Leitzentrale Europas. Das Gebäude beherbergt auch das Safety- und Security-Center des Übertragungsnetzes, von dem aus rund um die Uhr alle Anlagen und Gebäude der APG zur Gewährleistung der Netzsicherheit zentral überwacht werden.

Im Kommunikationszentrum der neuen „Power Grid Control“ werden interessierten BürgerInnen und dem Fachpublikum die Herausforderungen und Aufgaben des Verbund-Netzes bei Führungen und unter Einsatz von modernen Präsentationstechniken vermittelt.

Mit der „Power Grid Control“ wurde ein entscheidender Meilenstein in der Modernisierung des österreichischen Stromnetzes und der langfristigen Gewährleistung der Netzsicherheit gesetzt. Im neuen Kontrollzentrum werden sämtliche Netzinformationen des heimischen Übertragungsnetzes gebündelt und verarbeitet. Die Koordination, Planung und Verwaltung von ca. 100.000 Stromtransporten im Jahr, das Management des Netzbetriebes im Hoch- und Höchstspannungsnetz der APG, die Optimierung der Lastflüsse, das Engpassmanagement, die Koordination von Abschaltungen im Revisionsfall sowie die Fernsteuerung der Umspannwerke zählen zum Aufgabenspektrum der „Power Grid Control“. Das Gebäude selbst besticht auch durch den Einsatz umweltschonender Technologien wie Erdwärmennutzung, Wärmerückgewinnung, Photovoltaik und Regenwasserspeicherung.

## DIE WICHTIGSTEN NETZAUSBAU-PROJEKTE

### „MASTERPLAN NETZ 2009– 2020“: AUSBAUPLAN BIS 2020

Das Ziel eines einheitlichen europäischen Strommarktes und der geplante massive Ausbau der wetterabhängigen (und damit volatilen) erneuerbaren Energien wird zu stark steigenden Herausforderungen für die europäischen Übertragungsnetze führen. Um diesen Aufgaben durch die Schaffung einer entsprechenden Netzinfrastruktur langfristig gewachsen zu sein, hat die APG unter Einbindung der TU Wien und der TU Graz im Geschäftsjahr 2009 den „Masterplan Netz 2009–2020“ erstellt. Die darin dargestellten Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 1 Mrd. € werden nicht nur die Versorgungssicherheit in Österreich und den Strommarkt langfristig sicherstellen, sondern sind die Voraussetzung für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Erreichung der Klimaziele. Darüber hinaus stellt das Investitionsvolumen mit einer heimischen Wertschöpfung bis zu 80 % (Erfahrungswert bisheriger 380-kV-Leitungsprojekte) einen wichtigen Impuls in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dar.

Das vorrangige Ziel des Netzausbaus der APG liegt unverändert in der Vollendung des österreichischen 380-kV-Rings. Dieser Höchstspannungsring stellt das Rückgrat der österreichischen Stromversorgung dar und wird langfristig eine sichere, bedarfsgerechte und kostengünstige Stromversorgung gewährleisten. Der 380-kV-Freileitungsring ist eine leistungsfähige, kostenminimierende und raumsparende Verbindung zwischen den Ballungszentren, den Kraftwerksstandorten und zu den europäischen Netzpartnern.

### 380-KV-LÜCKENSCHLUSS IM OSTEN ÖSTERREICHS

Die 98 km lange 380-kV-Steiermarkleitung von Rotenturm/Burgenland nach Kainachtal/Steiermark wurde nach rund 20-monatiger, in enger Abstimmung mit Anrainern und Gemeinden durchgeführten Bautätigkeit Mitte 2009 erfolgreich in Betrieb genommen.

Bis Ende Februar 2010 werden auch die Demontagen jener 110-kV-Leitungen abgeschlossen sein, die nun auf der 380-kV-Leitung mitgeführt werden.

Sämtliche Arbeiten wurden und werden durch ökologische und forstfachliche Bauaufsichten begleitet. Das gesamte Investitionsvolumen der 380-kV-Steiermarkleitung (Leitung und Umspannwerke) beträgt rund 179 Mio. €.

Die Salzburgleitung ist aufgrund ihrer aus europäischer Sicht hohen Bedeutung ein TEN-E-Projekt (Transeuropäische Netze). Sie ist die Voraussetzung für die langfristige Gewährleistung der Versorgungssicherheit in Österreich, die Beseitigung von Engpässen für den Strommarkt und die Ermöglichung des weiteren Ausbaus der Stromerzeugung – vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien.

**SALZBURGLEITUNG: 380-KV-LÜCKENSCHLUSS IM WESTEN DRINGEND BENÖTIGT**

Nach Abweisung des Antrags auf aufschiebende Wirkung und Bestätigung des öffentlichen Interesses wurde Anfang August 2009 der Bau des ersten Teilstücks der 380-kV-Salzburgleitung (Salzach neu - St. Peter) gestartet. Derzeit laufen die Bauarbeiten in intensivem und gutem Kontakt zu Anrainern und Gemeinden. Die Fertigstellung ist für Anfang 2011 vorgesehen, was einen weiteren wesentlichen Meilenstein in der Fertigstellung des österreichischen 380-kV-Rings darstellt.

**380-KV-SALZBURGLEITUNG SALZACH NEU – ST. PETER: BAUBEGINN IM AUGUST 2009**

Das Investitionsvolumen der 46 km langen Leitung liegt bei 119 Mio. €.

Mit dem 380-kV-Leitungsprojekt „Tauern – Salzach neu“ soll der 380-kV-Höchstspannungsring im Westen Österreichs geschlossen und durch die geplanten Synergien mit der Salzburg Netz GmbH das Salzburger Landesnetz verstärkt werden. Für die Trassenfindung der 115 km langen 380-kV-Salzburgleitung Tauern – Salzach neu wurde im August 2009 ein intensiver Dialogprozess mit den potentiellen Anrainergemeinden gestartet. Vorausgegangen ist diesem Prozess der Bericht des EU-Koordinators, in dem er einen alternativen Trassenraum vorschlägt, einer Teilverkabelung der Leitung eine Absage erteilt und die umfassende Abstimmung mit den Gemeinden empfiehlt. Begleitet wird der Dialogprozess von einem Lenkungsausschuss und zwei Expertengruppen mit Vertretern von Land Salzburg, der Verbundgesellschaft, der APG und der Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation.

**380-KV-SALZBURGLEITUNG TAUERN – SALZACH NEU: DIALOGPROZESS ZUR TRASSEN-FINDUNG GESTARTET**

Nach wie vor bestehen Unsicherheiten hinsichtlich Planungs- und Verfahrenssicherheit durch die 2008 beschlossene Novelle des LEG (Landeselektrizitätsgesetzes).

Die Einreichung der Umweltverträglichkeitserklärung ist frühestens 2011, eine Inbetriebnahme Mitte 2017 möglich. Das geplante Investitionsvolumen liegt bei 382 Mio. €.

Nach positiver Abwicklung aller Verfahren wurde im November 2009 mit der Montage des zweiten 380-kV-Systems Wien-Südost – Győr gestartet. Nach der Inbetriebnahme des zweiten Systems – geplant für April 2010 – wird der weitere Ausbau der Windenergie im Burgenland und in Niederösterreich ermöglicht und die Versorgungssicherheit im Netzraum Ost erhöht. Darüber hinaus werden mit dem zweiten System zusätzliche Kapazitäten für den Strommarkt geschaffen.

**BAUBEGINN FÜR DAS ZWEITE 380-KV-SYSTEM WIEN-SÜD-OST – GYÖR**

## INVESTITIONEN IM NETZAUSBAU

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen im Geschäftsjahr insgesamt rund 143,9 Mio. € und verbleiben somit weiterhin auf einem hohen Niveau. Dies ist insbesondere durch die Fertigstellung der 380-kV-Steiermarktleitung (39,9 Mio. €) und den Baubeginn der 380-kV-Salzburgleitung Salzach neu – St. Peter (25,6 Mio. €) begründet.

Als weitere wesentliche Erweiterungsinvestitionen sind insbesondere die Fertigstellung des neuen Stromnetz-Kontrollzentrums (4,1 Mio. €) sowie die Anbindung des Kraftwerks Limberg II (5,0 Mio. €) anzuführen. Außerdem wurde mit den Arbeiten für die Erweiterung des Umspannwerks Bisamberg (3,3 Mio. €) und der Auflage des zweiten 380-kV-Systems Wien-Südost nach Győr (5,8 Mio. €) begonnen.

Bei den Betriebsinvestitionen lag der Schwerpunkt in der Umsetzung des Trafo-Konzepts mit dem Austausch der Transformatoren in den Umspannwerken Hessenberg, Ernthofen und Dürnrohr (14,7 Mio. €). Weiters wurde mit dem Anlagenumbau in den Umspannwerken Ybbsfeld (5,9 Mio. €) und Bisamberg (1,8 Mio. €) begonnen.

## KOOPERATION MIT TIWAG NETZ AG

Im November 2009 wurde ein weitreichender Kooperationsvertrag zwischen der APG und der TIWAG-Netz AG unterzeichnet. Vereinbart wurde, dass die APG die Aufgaben des Regelzonenführers und des Betreibers des Übertragungsnetzes in Tirol übernimmt. Die Übertragungsanlagen verbleiben weiterhin im Eigentum der TIWAG-Netz AG. Im Zuge der Kooperation wird zukünftig gemeinsam und abgestimmt bei den Punkten Netzausbau und Instandhaltung in Tirol vorgegangen. Durch das Kooperationsübereinkommen sollen eine Verbesserung der Situation auf den Regelenergiemärkten, eine verbesserte Entwicklung des österreichischen Strommarkts und administrative Erleichterungen für die Marktteilnehmer erzielt sowie Chancen auf bessere Marktpreise genutzt werden. Die APG wird Anfang 2010 mit den Vorbereitungsarbeiten beginnen, die Zusammenlegung der Regelzone ist für Beginn 2011 geplant.

<sup>1</sup> VEÖ – Verband der Elektrizitätsunternehmen Österreichs, ECG – Energie-Control Österreichische Gesellschaft für die Regulierung in der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft mit beschränkter Haftung (Energie-Control GmbH)

## VEÖ/ECG<sup>1</sup> PROJEKT „GEMEINSAME VERLUSTENERGIEBESCHAFFUNG“

Mit der Unterschrift von VEÖ und ECG unter einem entsprechenden Letter of Intent wurden die seit dem Vorjahr laufenden Verhandlungen für ein neues Modell zur Beschaffung und Abgeltung von Netzverlusten vereinbart. Das neue System soll unter Führung der APG 2011 starten. Die erforderlichen Realisierungsarbeiten werden 2010 mit dem Ziel starten, im ersten Halbjahr die ersten marktkonformen Beschaffungen mittels Ausschreibungen durchzuführen. Die gemeinsame Beschaffung der benötigten Energiemengen zur Abdeckung der Netzverluste durch die APG für die Verteilnetzbetreiber löst das bisher unbefriedigende System zur Berechnung und Anerkennung der Beschaffungskosten ab und eröffnet der APG und den Verteilnetzbetreibern Chancen für Einsparungen.

## ECG-TARIFPRÜFUNG 2009: NEUE TARIFE AB JÄNNER 2010

Im Geschäftsjahr 2009 wurde die APG wieder einer Tarifprüfung durch die Regulierungsbehörde unterzogen. Die von der APG vorgebrachten Argumente bezüglich Höhe und Verzinsung der umfangreichen Investitionsvorhaben, den gestiegenen Instandhaltungskosten und der schwierigen Netzsituation wurden großteils anerkannt. Für die Erzeuger werden für Verlustenergie und Pumpstrom weiterhin Netztarife verrechnet. Die Tarife für Systemdienstleistungen und Verluste sinken deutlich (um 25 bzw. 26 %), während die Netznutzungstarife moderat steigen, insbesondere die Bruttokomponente um 10 %. Per Saldo ergibt sich eine durchschnittliche Reduktion der Tarifkosten um 8,1 %. Die neuen Tarife treten mit 01. 01. 2010 in Kraft.

## INTERNATIONALES

### 3. ENERGIE-LIBERALISIERUNGSPAKET DER EUROPÄISCHEN UNION

Im Sommer dieses Jahres wurde das sogenannte 3rd Energy Package (Richtlinien über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt) beschlossen. Diese Richtlinien, welche große Einschnitte für die APG mit sich bringen (wie oben beschrieben), müssen innerhalb von 18 Monaten in nationales Recht umgesetzt werden. Zieltermin für die Umsetzung der verschärften Unbundling-Bestimmungen ist März 2012.

Inhalt dieser Richtlinie ist unter anderem, dass die europäischen Übertragungsnetzbetreiber eine der folgenden Varianten zur Gewährleistung operativer Unabhängigkeit umzusetzen haben:

- Ownership Unbundling
- ISO (Independent System Operator)
- ITO (Independent Transmission Operator)

Die Verbundgesellschaft bereitet die Umsetzung der ITO-Variante vor. Das bedeutet, dass die Verbundgesellschaft weiterhin Eigentümer der APG bleibt. Die Umsetzung muss von der Regulierungsbehörde zertifiziert werden.

Gemäß EU-Verordnung 1228/2003 (alt) und 714/2009 (neu) müssen Leitungskapazitäten in acht definierten Regionen mit regional koordinierten und die physikalischen Lastflüsse berücksichtigenden Versteigerungen bewirtschaftet werden. Die APG ist in zwei Regionen (Zentral-Ost-Europa und Zentral-Süd-Europa) direkt betroffen, in zwei anderen (Zentral-West-Europa und Südost-Europa) als Beobachter eingebunden. Aufgrund der technisch anspruchsvollen Herausforderung sowie der ungeklärten Kompetenzstruktur (Governance) ergeben sich derzeit bei der Umsetzung massive Zeitverzögerungen, weshalb die Europäische Union im Juli 2009 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen nahezu alle Mitgliedsstaaten eingeleitet hat.

## UMSETZUNG REGIONALER MÄRKTE

In der Region Zentral-Ost-Europa (DE, PL, CZ, SK, AT, HU, SI) befindet sich ein zentrales Auktionshaus im Aufbau (CAO – Central Allocation Office GmbH), an dem die APG 12,5 % der Anteile hält und welches voraussichtlich im April 2010 seine operative Arbeit aufnehmen wird.

Für die Region Zentral-Süd-Europa (FR, DE, CH, AT, IT, SI, GR) zeichnet sich eine neue Lösung ab: Das Auktionshaus in der Zentral-West-Region CASC-CWE S.A.<sup>1</sup> hat angeboten, die Versteigerung für die Zentral-Süd-Region zu übernehmen und im Gegenzug die Übertragungsnetzbetreiber dieser Region in die Eigentümerstruktur zu integrieren. Dies könnte noch 2010 für einen operativen Start 2011 umgesetzt werden.

<sup>1</sup> Capacity Allocation Service Company for the Central West European Electricity Market

Im Dezember 2008 wurde das TSO Security Cooperation-Center (TSC) durch elf europäische Übertragungsnetzbetreiber gegründet. Das TSC ist ständiges Übertragungsnetz-Sicherheitsgremium, koordiniert den Datenaustausch über eine gemeinsame IT-Plattform und führt gemeinsame Sicherheitsberechnungen durch.

## TSO SECURITY COOPERATION (TSC)

2009 läuft der derzeitige freiwillige Vertrag zur Abgeltung von Transitkosten aus. Derzeit liegt ein Entwurf einer Guideline der Europäischen Union als Ergänzung zur Verordnung 714/2009 vor, der diese Kompensationszahlung auf eine rechtliche Basis stellen würde. Da zur endgültigen Ermittlung der Transitkosten die Mitarbeit der Regulatorenagentur nötig ist, hat die Kommission vorübergehend den Ausgleichsfonds für Transitkosten auf 100 Mio. € festgesetzt, was etwa einem Drittel der Fondsgröße in der Vergangenheit entspricht und jedenfalls weit unter den tatsächlichen Transitkosten, die schon in mehreren europäischen Studien ermittelt wurden, liegt. Die APG wird damit 2010 mit rund 9 bis 10 Mio. € etwa nur die Hälfte der bisherigen Kompensationszahlungen erlösen. Die APG muss dem Vertrag zustimmen, da alternative Wege für Transitkompensationszahlungen (z.B. Transitgebühren an den Handel) per EU-Gesetz verboten sind. Es bleibt jedoch die Hoffnung, dass die Guidelines im Rahmen des Komitologieverfahrens entsprechend verändert werden können.

## INTER TSO COMPENSATION (ITC)

## FINANZIELLE UND NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

### ERTRAGSLAGE

#### ERTRAGSLAGE

	EINHEIT	2009	2008
UMSATZERLÖSE	T€	350.486,6	351.480,2
ERGEBNIS VOR ZINSAUFWENDUNGEN UND STEUERN (EBIT)	T€	77.488,6	97.490,0
ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT (EGT)	T€	58.282,4	69.439,1
JAHRESÜBERSCHUSS	T€	48.151,8	51.855,0
BILANZGEWINN	T€	0,0	0,0
DURCHSCHNITTLICH EINGESETZTES KAPITAL	T€	683.171,3	648.746,1
EIGENKAPITALRENTABILITÄT (ROE)	%	20,2	27,0
GESAMTKAPITALRENTABILITÄT (ROI)	%	8,3	11,2
ROCE	%	8,5	11,3
UMSATZRENTABILITÄT (ROS)	%	22,1	27,7

Die Umsatzerlöse der APG sanken im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 Mio. € auf 350,5 Mio. €. Die aufgrund der Wirtschaftskrise gesunkenen Strompreise führten zu deutlich reduzierten Allokationserlösen. Eine weitere Auswirkung der Wirtschaftskrise ist die reduzierte Inlandsstromnachfrage. Diese verursachte, ebenso wie die hohe hydraulische Erzeugung in den unterlagerten Netzen, sinkende verrechnungsrelevante Transportmengen (10,2 %).

Im Geschäftsjahr stiegen die Strombezugsaufwendungen für das Höchstspannungsnetz durch höhere Aufwendungen für Verlustenergie und Sekundärregelung trotz gesunkener Engpassmanagementaufwendungen um 17,0 Mio. € auf 128,2 Mio. €.

Dagegen sank der Personalaufwand um 8,1 Mio. € auf 46,8 Mio. €. Die Reduktion ist im Wesentlichen auf Einmaleffekte in 2008 (Minderperformance der Pensionskassen sowie erhöhte Vorsorgen für Pensionen) und auf den Abbau der Urlaubsrückstellungen in 2009 zurückzuführen.

Der sonstige betriebliche Aufwand stieg in 2009 von 56,2 Mio. € auf 58,2 Mio. €. Trotz Kosteneinsparungsprogramm im Instandhaltungsbereich führten neue Aufgaben (Aufbau Allokationsbüro CAO) sowie Kostensteigerungen bei Versicherungen sowie der Aufsichtsbehörde zu einem moderaten Kostenanstieg.

Das Ergebnis vor Zinsaufwendungen und Steuern (EBIT) beträgt 77,5 Mio. € und ist im Vergleich zum Vorjahr um 20,0 Mio. € gesunken.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) hat sich im Geschäftsjahr aufgrund der genannten Effekte wie gesunkene Umsatzerlöse, höhere Strombezugsaufwendungen und höherer sonstiger betrieblicher Aufwand, welche durch gesunkene Personal- und Zinsaufwendungen nur teilweise kompensiert wurden, um 11,2 Mio. € auf 58,3 Mio. € reduziert. Der Jahresüberschuss beträgt 48,2 Mio. € und liegt damit um 3,7 Mio. € unter dem des Vorjahres.

## VERMÖGENSLAGE

### BILANZSTRUKTUR

	EINHEIT	2009	2008
ANLAGEVERMÖGEN	T€	969.565,8	885.186,8
UMLAUFVERMÖGEN	T€	32.667,6	39.296,0
NETTOUMLAUFVERMÖGEN (WORKING CAPITAL)	T€	-170.880,9	-93.418,3
NETTOVERSCHULDUNG (NET DEBT)	T€	564.347,8	529.231,8
EIGENKAPITAL	T€	278.127,6	281.414,5
KURZFRISTIGE SCHULDEN	T€	204.570,3	134.487,1
KURZFRISTIGES VERMÖGEN	T€	33.689,5	41.068,8
EIGENKAPITALQUOTE	%	29,3	30,8

Das Anlagevermögen hat sich um 9,5 % auf 969,6 Mio. € erhöht. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von 143,9 Mio. € übersteigen die Abschreibungen deutlich.

Der Forderungsstand aus Lieferungen und Leistungen reduzierte sich von 38,6 Mio. € auf 31,8 Mio. €.

Das Eigenkapital sank im Geschäftsjahr durch die Auflösung der freien Rücklage, die durch die Dotierung investitionsbedingter Rücklagen teilweise kompensiert wurde, um 3,3 Mio. € auf 278,1 Mio. €.

Die langfristigen Verbindlichkeiten sanken um 6,8 Mio. € auf 376,1 Mio. €, während die kurzfristigen Verbindlichkeiten um 58,2 Mio. € auf 108,4 Mio. € stiegen. Damit erhöhten sich die Verbindlichkeiten insgesamt um 51,4 Mio. € auf 484,5 Mio. €.

## FINANZLAGE

### FINANZERGEBNIS

	EINHEIT	2009	2008
NETTO-GELDFLUSS AUS OPERATIVER TÄTIGKEIT	T€	123.730,8	101.750,4
NETTO-GELDFLUSS AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	T€	-136.228,5	-140.101,6
NETTO-GELDFLUSS AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	T€	12.497,6	38.351,0
FINANZERGEBNIS	T€	-12.162,8	-21.028,3
GEARING (NETTOVERSCHULDUNGSGRAD)	%	189,3	183,5
SCHULDENTILGUNGSDAUER	JAHRE	6,3	5,7

Das Finanzergebnis verbesserte sich aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus gegenüber dem Vorjahr um 8,9 Mio. € auf -12,2 Mio. €.

Die hohe Investitionstätigkeit führte zu vermehrtem Fremdkapitalbedarf, sodass der Nettoverschuldungsgrad auf 189,3 % und die Schuldentilgungsdauer unter Berücksichtigung des gesunkenen Ergebnisses von 5,7 auf 6,3 Jahre anstieg.

Die Geldflüsse des Geschäftsjahres sind nachfolgend in einer separaten Aufstellung dargestellt.

GELDFLUSSRECHNUNG	TAUSEND €	
	2009	2008
JAHRESÜBERSCHUSS	48.151,8	51.855,0
ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SACHANLAGEN	58.472,2	52.174,1
ERTRÄGE AUS DER AUFLÖSUNG VON BAUKOSTENBEITRÄGEN UND INVESTITIONSZUSCHÜSSEN	-2.362,0	-2.273,0
ABSCHREIBUNGEN AUF FINANZANLAGEN	0,0	1.382,1
ERGEBNIS AUS ANLAGENABGANG	-35,2	133,4
VERÄNDERUNG DER VORRÄTE	-32,6	-69,8
VERÄNDERUNG DER LEISTUNGSFORDERUNGEN	6.781,9	-281,3
VERÄNDERUNG DER SONSTIGEN FORDERUNGEN UND VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	-138,9	7,6
VERÄNDERUNG DER LATENTEN STEUERN	-604,4	1.254,4
VERÄNDERUNG DER LANGFRISTIGEN RÜCKSTELLUNGEN	3,3	-869,1
VERÄNDERUNG DER KURZFRISTIGEN RÜCKSTELLUNGEN	5.886,6	347,6
VERÄNDERUNG DER LEISTUNGSVERBINDLICHKEITEN	6.437,9	2.913,1
VERÄNDERUNG DER SONSTIGEN VERBINDLICHKEITEN	1.170,2	-4.823,7
<b>NETTO-GELDFLUSS AUS OPERATIVER TÄTIGKEIT (1)</b>	<b>123.730,8</b>	<b>101.750,4</b>
INVESTITIONEN IN IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SACHANLAGEN	-137.339,2	-136.971,3
ABGÄNGE VON IMMATERIELLEN VERMÖGENSGEGENSTÄNDEN UND SACHANLAGEN	264,0	225,5
INVESTITIONEN IN FINANZANLAGEN	-623,0	-4.456,0
ABGÄNGE VON FINANZANLAGEN	1.469,7	1.100,2
<b>NETTO-GELDFLUSS AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT (2)</b>	<b>-136.228,5</b>	<b>-140.101,6</b>
ABGEFÜHRTER GEWINN	-34.241,3	-20.768,1
ERHALTENE BAUKOSTENBEITRÄGE UND INVESTITIONSZUSCHÜSSE	3.630,1	6.921,5
VERÄNDERUNG DER LANGFRISTIGEN KONZERNFINANZIERUNGEN	-3.777,8	86.222,2
VERÄNDERUNG DER KURZFRISTIGEN KONZERNFINANZIERUNGEN	0,0	-100.000,0
VERÄNDERUNG DER KURZFRISTIGEN KONZERNCLEARINGSALDEN	47.084,8	65.592,8
VERÄNDERUNG DER KURZFRISTIGEN AUFNAHMEN/VERANLAGUNGEN	0,0	-0,4
VERÄNDERUNG DER ÜBRIGEN LANGFRISTIGEN VERBINDLICHKEITEN	-198,2	383,0
<b>NETTO-GELDFLUSS AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT (3)</b>	<b>12.497,6</b>	<b>38.351,0</b>
VERÄNDERUNG KASSENBESTAND UND LIQUIDE MITTEL	-0,1	-0,2
KASSENBESTAND PER 01. 01.	1,1	1,3
<b>KASSENBESTAND PER 31. 12.</b>	<b>1,0</b>	<b>1,1</b>

Der Netto-Geldfluss aus der operativen Tätigkeit wird nach der indirekten Methode ermittelt und stieg gegenüber dem Vorjahr um 21.980,4 auf 123.730,8 tausend €.

**(1) ZU NETTO-GELDFLUSS AUS  
OPERATIVER TÄTIGKEIT**

Eine wesentliche Erhöhung konnte im Geschäftsjahr in der Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen durch die Inbetriebnahme der 380-kV-Steiermarkleitung verzeichnet werden.

Die Veränderung der Leistungsforderungen ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Forderungen aus der ITC Vertragsabrechnung in Höhe von 7.127,3 tausend € zurückzuführen.

Die Veränderung der kurzfristigen Rückstellung ist im Wesentlichen auf die Vorsorge für strittige Systemdienstleistungsentgelte in Höhe von 5.800,0 tausend EUR sowie auf die Vorsorge für Tarifänderungen 2010 aus dem Tarifprüfungsverfahren 2009 in Höhe von 3.965,8 tausend € zurückzuführen.

Die Erhöhung der Leistungsverbindlichkeiten ist im Wesentlichen durch die hohen offenen Rechnungen für Refundierungen von Auktionserlösen begründet.

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen belief sich auf 137.339,2 tausend €. Die wesentlichen Investitionen betrafen die Steiermarkleitung und die Salzburgleitung. Die Abgänge in den Finanzanlagen betrafen im Wesentlichen eine Ausleihung gegenüber der EVN AG für die Baukostenbeitragsverrechnung UW Sarasdorf in Höhe von 1.440,0 tausend €. Unter Berücksichtigung des Abganges von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen sowie den Veränderungen in den Finanzanlagen ergab sich im Investitionsbereich ein Mittelbedarf in Höhe von 136.228,5 tausend €.

**(2) ZU NETTO-GELDFLUSS AUS  
INVESTITIONSTÄTIGKEIT**

An erhaltenen Baukostenbeiträgen flossen 3.630,1 tausend € zu, die im Wesentlichen die Anbindung des Kraftwerkes Limberg II betrafen.

**(3) ZU NETTO-GELDFLUSS AUS  
FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT**

Der aufgrund vertraglicher Verpflichtungen an die Muttergesellschaft abgeführte Gewinn belief sich auf 34.241,3 tausend €.

Der zusätzliche Mittelbedarf aufgrund der Investitionstätigkeit wurde über kurzfristiges Konzernclearing finanziert.

Auch im Jahr 2009 wurde die erfolgreiche Umsetzung des IMS nach den Normen für Qualitätsmanagement (ISO 9001), Umweltmanagement (ISO 14001, EMAS-Verordnung), Informationssicherheit (ISO 27001), sowie Gesundheit und Sicherheit (OHSAS 18001) von unabhängigen, externen Gutachtern bestätigt. Im Zuge eines österreichweiten Audits wurde die Zertifizierung der gesamten APG für weitere drei Jahre bestätigt.

**INTEGRIERTES MANAGEMENT-  
SYSTEM (IMS): APG WEITERHIN  
VORBILDLICH**

Das IMS schafft den organisatorischen Rahmen, um alle Anforderungen, die intern und/oder extern an das Unternehmen gestellt werden, durch das definierte Zusammenspiel verschiedener Steuerungssysteme zu erfüllen. Internationale Standards in den Bereichen Qualität, Umweltschutz, Arbeitssicherheit und Gesundheit sowie Informationssicherheit, werden durch die Umsetzung des IMS eingehalten.

Derzeit liegt der Fokus auf einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess. Mit Hilfe des Mitarbeitervorschlagswesens und der eigens gegründeten KVP-Teams können engagierte Mitarbeiter ihre Vorschläge einbringen. Jeder Vorschlag wird zur Diskussion gebracht und der jeweilige Mitarbeiter kann die einzelnen Schritte in einer Datenbank mitverfolgen. Der Kreis des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses wird mit einer Wirksamkeitsprüfung geschlossen.

Die Auditplanung für die internen und externen Audits des kommenden Geschäftsjahres 2010 liegt bereits vor.

**PERSONAL**

Die Aus- und Weiterbildungsprogramme wurden 2009 wie in den vergangenen Jahren fortgesetzt. Um den Anforderungen zur Aufrechterhaltung und Sicherstellung der Netzsicherheit gerecht zu werden, wurden Maßnahmen gesetzt, um das Personal verstärkt weiterzuentwickeln und zu qualifizieren. Besonders hervorzuheben sind die Arbeitnehmerschutz-Maßnahmenprogramme „Weiterentwicklung Sicherheitsmaßnahmen bei Arbeiten in Schaltanlagen“ und „Weiterentwicklung Sicherheitsmaßnahmen bei Arbeiten an Leitungen“.

Die Nachbesetzungsplanung von ausgewählten Positionen (Demographic Risk Management) und der damit verbundene Wissenstransfer (Wissensmanagement) nimmt weiterhin einen sehr hohen Stellenwert in der Personalpolitik des Unternehmens ein.

## BERICHT ÜBER FORSCHUNG, ENTWICKLUNG UND UMWELT

Im Bereich Forschung und Entwicklung hat die APG 2009 im Rahmen zahlreicher Projekte rund 0,9 Mio. € investiert. Neben Umweltschutz, Entwicklung neuer Frühwarnsysteme oder Fragen der Regulierung standen dabei auch Themen wie die Integration von erneuerbaren Energien oder Smart Grids im Vordergrund. Einen besonderen Schwerpunkt bildet nach wie vor das Thema Naturgewalten und das von ihr ausgehende Gefährdungspotenzial für das Übertragungsnetz. So wird beispielsweise mit dem im Jahr 2009 gestarteten Forschungsprojekt „Windfeldanalyse“ das Ziel verfolgt, die Strömungsverhältnisse im Umfeld der durch Sturm „Emma“ schwer beschädigten Hochspannungsleitung bei St. Peter am Hart in Oberösterreich zu analysieren. Mit Hilfe von lokalen Wetterstationen und meteorologischen Computermodellen werden Bereiche mit Verstärkungen und Abschwächungen der Windgeschwindigkeit berechnet und dargestellt. Damit können lokale topographiebedingte Problembereiche bei Starkwindereignissen identifiziert werden, wobei besonderes Augenmerk auf die Standorte der Leitungsmasten gelegt wird.

## BERICHT ÜBER DIE WESENTLICHEN RISIKEN UND UNGEWISSEITEN

Risiken sind Bestandteil jeder unternehmerischen Tätigkeit. Das frühzeitige Erkennen und die sachgerechte Bewertung dieser Risiken sind daher integrale Bestandteile der Planung, Unternehmensführung und aller geschäftlichen Entscheidungsprozesse. Der Risikobegriff beinhaltet sowohl die Möglichkeit eines Verlustes als auch eines zusätzlichen Gewinnes.

Die APG versteht Risiko als Möglichkeit der negativen Abweichung von geplanten Unternehmenszielen und -kennzahlen.

Der Risikomanagementprozess der APG setzt sich aus den Einzelschritten Identifikation, Analyse, Bewertung, Durchführung von Maßnahmen und Reporting zusammen. Die Aktualisierung bzw. Neubewertung erfolgt in regelmäßigen Abständen.

Als wesentliche Risiken der APG werden vor allem Überlastungen und Ausfälle des Übertragungsnetzes und Verzögerungen beim 380-kV-Netzausbau sowie Umweltkatastrophen mit Zerstörung von Teilen des Netzes angesehen.

Um diese Risiken gering zu halten, wurden folgende Maßnahmen getroffen:

- Inbetriebnahme der 380-kV-Steiermarkleitung zur sicheren und nachhaltigen Stromversorgung der südlichen und östlichen Teile Österreichs
- Vorantreiben des 380-kV-Netzausbaus (z.B. Salzburgleitung, zweites System Wien-Südost - Győr)
- Betrieb von drei Spezial-Transformatoren (Phasenschiebertransformatoren) zur gezielten Netzlaststeuerung sowie Ersatz von Transformatoren
- Inbetriebnahme des neuen Stromnetz-Kontrollzentrums „Power Grid Control“ in Wien-Favoriten
- Setzen von gezielten Engpassmanagementmaßnahmen
- Kontinuierliche Verbesserungen im Zuge des Instandhaltungsprozesses
- Beübung des Katastrophenkonzepts und laufende Schulung der Mitarbeiter für Störfall- und Krisensituationen insbesondere Netzwiederaufbau

Per 28.01.2010 sind jedoch für das Geschäftsjahr 2010 keine Risiken bzw. Unsicherheiten zu erkennen, die einzeln oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken für die APG bestandsgefährdende Auswirkungen haben könnten.

## BERICHT ÜBER DIE VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG DES UNTERNEHMENS

Auch für das Jahr 2010 ist noch mit Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu rechnen. Die im November und Dezember 2009 durchgeführten Jahresauktionen der Grenzkapazitäten für 2010 zeigten gegenüber dem Geschäftsjahr eine signifikante Erlösverschlechterung, sodass nach heutiger Einschätzung, von einem schwierigen Geschäftsjahr 2010 ausgegangen wird.

Die europäischen Übertragungsnetzbetreiber müssen sich weiterhin intensiv auf die steigenden Herausforderungen im Netzbetrieb vorbereiten, die sich vor allem aus der Umsetzung eines einheitlichen europäischen Strommarkts und dem geplanten massiven Ausbau der erneuerbaren Energien ergeben.

Daher wird die APG das im „Masterplan Netz 2009–2020“ dargelegte Ausbauprogramm, das auf einer detaillierten energiewirtschaftlichen Analyse für den Zeitraum 2009 bis 2020 sowie auf einem Forecast bis 2030 basiert, weiterhin intensiv verfolgen. Die Projekte bis 2020 umfassen unter anderem die 380-kV-Salzburgleitung, die Auflage des zweiten 380-kV-Systems nach Ungarn, die Integration der Windenergie im Burgenland und in Niederösterreich sowie die Netzverstärkung nach Deutschland und im Raum Kärnten. Der Masterplan wird künftig jährlich aktualisiert, um so die Netzausbauplanung bedarfsgerecht und kostenminimierend zu optimieren. Im nächsten Schritt wird der Masterplan dahingehend weiterentwickelt, dass gemeinsam mit Landes-Netzgesellschaften abgestimmte Detail-Masterpläne unter Einbindung der jeweiligen regionalen Projekte erstellt werden sollen.

Der Schwerpunkt der Investitionen im Geschäftsjahr 2010 liegt in der Errichtung der 380-kV-Salzburgleitung Salzach neu – St. Peter, die im ersten Quartal 2011 in Betrieb gehen soll, sowie im Vorantreiben des Planungsprozesses der 380-kV-Salzburgleitung Tauern – Salzach neu. Diese beiden Projekte stellen den dringend benötigten Lückenschluss im Westen des österreichischen 380-kV-Rings dar.

Auch die weiteren für 2010 vorgesehenen Projektarbeiten, Instandhaltungs-, Sicherheits- und Effizienzsteigerungsprogramme werden intensiv vorangetrieben.

Ein weiterer Schwerpunkt des Geschäftsjahres 2010 liegt in der Vorbereitung der APG auf die Umsetzung des 3. Energiepakets.

Mit Anfang 2010 werden auch die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung mit der TIWAG-Netz AG starten. Die Zusammenlegung der beiden Regelzonen ist für Anfang 2011 geplant.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden die Voraussetzungen geschaffen, um zukünftig die Verlustenergie für österreichische Netzbetreiber gemeinsam über die APG zu beschaffen. 2010 sollen die diesbezüglichen Verträge zwischen der APG und den Netzbetreibern abgeschlossen werden. Derzeit ist zu erwarten, dass die überwiegende Zahl der Netzbetreiber an diesem neuen System teilnimmt, die ersten Ausschreibungen werden 2010 erfolgen. Die Regulierungsbehörde rechnet durch die zentrale Beschaffung mit einer Effizienzsteigerung und Vorteilen für die Netzkunden.

Nach Abschluss der Implementierungsarbeiten soll im nächsten Geschäftsjahr das von der APG und sieben anderen europäischen Netzbetreibern gegründete Central Allocation Office GmbH (CAO) seinen operativen Betrieb aufnehmen.

Durch die Sicherstellung der Versorgungssicherheit und durch die Steigerung der Effizienz verfolgt die APG das Ziel, weiter angemessene Ergebnisbeiträge für die kommenden Jahre zu erzielen, Eigenkapital im Hinblick auf die Investitionstätigkeit aufzubauen und eine nachhaltige, langfristige Wertsteigerung zu erreichen.

## BERICHT ÜBER ZWEIGNIEDERLASSUNGEN

Im Geschäftsjahr gab es keine Zweigniederlassungen.

## EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Seit dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse eingetreten, die eine gesonderte Beschreibung innerhalb des Lageberichts erforderlich machen.

Wien, am 28. 01. 2010

Der Vorstand

Mag. Thomas Karall e.h.

Baurat h.c. Dipl.-Ing. Dr. Heinz Kaupa e.h.

# JAHRESABSCHLUSS

## BILANZ

BILANZ		TAUSEND €	
	ANHANG	31. 12. 2009	31. 12. 2008
<b>AKTIVA</b>			
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>			
I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	(1)	4.029,2	3.152,4
II. SACHANLAGEN	(2)	953.841,7	869.492,8
III. FINANZANLAGEN	(3)	11.694,9	12.541,6
		<b>969.565,8</b>	<b>885.186,8</b>
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>			
I. VORRÄTE	(4)	475,0	442,3
II. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	(5)	32.191,6	38.852,6
III. KASSENBESTAND		1,0	1,1
		<b>32.667,6</b>	<b>39.296,0</b>
<b>C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	(6)	<b>14.049,0</b>	<b>13.424,6</b>
		<b>1.016.282,4</b>	<b>937.907,4</b>
<b>PASSIVA</b>			
<b>A. EIGENKAPITAL</b>			
I. GRUNDKAPITAL	(7)	70.000,0	70.000,0
II. KAPITALRÜCKLAGEN	(8)	15.256,3	15.256,3
III. GEWINNRÜCKLAGEN	(9)	192.871,3	196.158,2
IV. BILANZGEWINN	(10)	0,0	0,0
		<b>278.127,6</b>	<b>281.414,5</b>
<b>B. UNVERSTEUERTE RÜCKLAGEN</b>	(11)	<b>26.591,6</b>	<b>9.394,2</b>
<b>C. RÜCKSTELLUNGEN</b>	(12)	<b>182.538,4</b>	<b>170.060,9</b>
<b>D. VERBINDLICHKEITEN</b>	(13)	<b>484.452,7</b>	<b>433.051,2</b>
<b>E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	(14)	<b>44.572,1</b>	<b>43.986,6</b>
		<b>1.016.282,4</b>	<b>937.907,4</b>

# GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		TAUSEND €	
	ANHANG	2009	2008
1. UMSATZERLÖSE	(15)	350.486,6	351.480,2
2. ANDERE AKTIVIERTE EIGENLEISTUNGEN		5.841,6	4.756,0
3. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE	(16)	5.737,6	8.717,0
<b>4. BETRIEBSLEISTUNG (ZWISCHENSUMME AUS Z 1 BIS 3)</b>		<b>362.065,8</b>	<b>364.953,2</b>
5. AUFWENDUNGEN FÜR STROMBEZUG UND SONSTIGE BEZOGENE HERSTELLUNGS- UND DIENSTLEISTUNGEN		-128.161,8	-111.197,3
6. PERSONALAUFWAND	(17)	-46.797,7	-54.936,4
7. ABSCHREIBUNGEN	(18)	-58.472,2	-52.174,1
8. SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	(19)	-58.188,9	-56.178,0
<b>9. BETRIEBSERFOLG (ZWISCHENSUMME AUS Z 4 BIS 8)</b>		<b>70.445,2</b>	<b>90.467,4</b>
10. ERTRÄGE AUS BETEILIGUNGEN		285,6	236,5
11. ERTRÄGE AUS ANDEREN WERTPAPIEREN UND AUSLEIHUNGEN DES FINANZANLAGEVERMÖGENS		447,6	388,8
12. SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE		31,0	1.424,6
13. AUFWENDUNGEN AUS FINANZANLAGEN		0,0	-1.382,2
14. ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN		-12.927,0	-21.696,0
<b>15. FINANZERGEBNIS (ZWISCHENSUMME AUS Z 10 BIS 14)</b>	(20)	<b>-12.162,8</b>	<b>-21.028,3</b>
<b>16. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT</b>		<b>58.282,4</b>	<b>69.439,1</b>
17. STEUERN VOM EINKOMMEN	(21)	-10.130,6	-17.584,1
<b>18. JAHRESÜBERSCHUSS</b>		<b>48.151,8</b>	<b>51.855,0</b>
19. AUFLÖSUNG UNVERSTEUERTER RÜCKLAGEN		947,5	1.059,9
20. AUFLÖSUNG VON GEWINNRÜCKLAGEN		3.286,9	0,0
21. ZUWEISUNG ZU UNVERSTEUERTEN RÜCKLAGEN		-18.144,9	0,0
22. ZUWEISUNG ZU GEWINNRÜCKLAGEN		0,0	-32.146,8
23. AUFGRUND VERTRAGLICHER VERPFLICHTUNG ABGEFÜHRTER GEWINN		-34.241,3	-20.768,1
<b>24. BILANZGEWINN</b>		<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

# ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

## ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

	STAND 01. 01. 2009	ZUGÄNGE	ABGÄNGE
<b>I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>			
1. GEWERBLICHE SCHUTZRECHTE, STROM- BEZUGSRECHTE, BENÜTZUNGSENTGELTE UND ÄHNLICHE RECHTE UND VORTEILE SOWIE DARAUS ABGELEITETE LIZENZEN	20.672,3	1.744,7	18,7
	<b>20.672,3</b>	<b>1.744,7</b>	<b>18,7</b>
<b>II. SACHANLAGEN</b>			
1. GRUNDSTÜCKE, GRUNDSTÜCKSGLEICHE RECHTE UND BAUTEN, EINSCHLIESSLICH DER BAUTEN AUF FREMDEM GRUND			
a. MIT WOHNGEBÄUDEN	265,0	0,0	0,0
b. MIT BETRIEBSGEBÄUDEN UND ANDEREN BAULICHKEITEN	153.816,4	5.060,2	114,7
c. UNBEBAUTE GRUNDSTÜCKE	269,8	214,5	0,0
2. MASCHINELLE ANLAGEN	1.632,3	1.569,8	82,6
3. ELEKTRISCHE ANLAGEN	830.221,3	28.594,2	9.072,6
4. LEITUNGEN	922.233,5	33.203,6	45,7
5. BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG	18.299,2	3.503,1	719,2
6. GELEISTETE ANZAHLUNGEN UND ANLAGEN IN BAU	203.105,9	70.036,7	0,0
	2.129.843,4	142.182,1	10.034,7
<b>SACHANLAGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>	<b>2.150.515,7</b>	<b>143.926,8</b>	<b>10.053,4</b>
<b>III. FINANZANLAGEN</b>			
1. ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN	37,9	0,0	0,0
2. BETEILIGUNGEN	1.572,2	0,0	0,0
3. AUSLEIHUNGEN AN UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT	75,0	0,0	15,0
4. WERTPAPIERE DES ANLAGEVERMÖGENS	14.649,7	539,7	0,0
5. SONSTIGE AUSLEIHUNGEN	2.121,5	83,3	1.454,7
	<b>18.456,3</b>	<b>623,0</b>	<b>1.469,7</b>
<b>ANLAGEVERMÖGEN</b>	<b>2.168.972,0</b>	<b>144.549,8</b>	<b>11.523,2</b>

DER GRUNDWERT DER GRUNDSTÜCKE BETRÄGT ZUM 31. 12. 2009 20.515,8 TAUSEND € (VORJAHR: 20.137,8 TAUSEND €).

TAUSEND €

UMBU- CHUNGEN	STAND 31. 12. 2009	KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN	RESTBUCHWERT 31. 12. 2009	RESTBUCHWERT 31. 12. 2008	PLANMÄSSIGE ABSCHREI- BUNGEN 2009
3,5	22.401,8	18.372,6	4.029,2	3.152,3	871,4
<b>3,5</b>	<b>22.401,8</b>	<b>18.372,6</b>	<b>4.029,2</b>	<b>3.152,3</b>	<b>871,4</b>
0,0	265,0	264,7	0,3	0,6	0,3
19.214,6	177.976,4	113.924,7	64.051,8	43.527,8	3.657,0
0,0	484,3	0,0	484,3	269,8	0,0
133,7	3.253,2	629,3	2.624,0	1.029,8	102,4
33.404,0	883.147,0	698.104,0	185.043,0	152.864,9	29.744,1
114.525,3	1.069.916,7	480.835,6	589.081,2	464.057,6	22.662,5
968,9	22.051,9	14.387,3	7.664,7	4.636,4	1.434,6
-168.250,0	104.892,6	0,0	104.892,6	203.105,9	0,0
-3,5	2.261.987,2	1.308.145,5	953.841,7	869.492,8	57.600,9
<b>0,0</b>	<b>2.284.389,0</b>	<b>1.326.518,1</b>	<b>957.870,9</b>	<b>872.645,1</b>	<b>58.472,2</b>
0,0	37,9	0,0	37,9	37,9	0,0
0,0	1.572,2	0,0	1.572,2	1.572,2	0,0
0,0	60,0	0,0	60,0	75,0	0,0
0,0	15.189,4	5.914,7	9.274,8	8.735,0	0,0
0,0	750,1	0,0	750,1	2.121,5	0,0
<b>0,0</b>	<b>17.609,6</b>	<b>5.914,7</b>	<b>11.694,9</b>	<b>12.541,6</b>	<b>0,0</b>
<b>0,0</b>	<b>2.301.998,6</b>	<b>1.332.432,8</b>	<b>969.565,8</b>	<b>885.186,8</b>	<b>58.472,2</b>

# ENTWICKLUNG DER UNVERSTEUERTEN RÜCKLAGEN

ENTWICKLUNG DER UNVERSTEUERTEN RÜCKLAGEN				TAUSEND €
	STAND 01. 01. 2009	ZUFÜHRUNG UMBUCHUNG	AUFLÖSUNG ABGANG	STAND 31. 12. 2009
<b>BEWERTUNGSRESERVE AUFGRUND VON SONDERABSCHREIBUNGEN</b>				
<b>1. VORZEITIGE ABSCHREIBUNG GEM. § 7A ESTG 1988</b>				
1.1 BAULICHKEITEN	0,0	177,8	0,0	177,8
1.2 MASCHINELLE ANLAGEN	0,0	431,3	0,0	431,3
1.3 ELEKTRISCHE ANLAGEN	0,0	1.679,4	0,0	1.679,4
1.4 BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG	0,0	374,0	0,0	374,0
1.5 ANLAGEN IN BAU	0,0	15.482,3	0,0	15.482,3
	<b>0,0</b>	<b>18.144,9</b>	<b>0,0</b>	<b>18.144,9</b>
<b>2. VORZEITIGE ABSCHREIBUNG GEM. § 8 U. § 122 ESTG 1972</b>				
2.1. LEITUNGEN	5.642,2	0,0	844,3	4.797,9
	<b>5.642,2</b>	<b>0,0</b>	<b>844,3</b>	<b>4.797,9</b>
<b>3. ÜBERTRAGUNG STILLER RESERVEN GEM. § 12 ESTG</b>				
3.1 GRUNDSTÜCKE, GRUNDSTÜCKSGLEICHE RECHTE UND BAUTEN, EINSCHLIESSLICH DER BAUTEN AUF FREMDEM GRUND	1.393,1	0,0	0,0	1.393,1
3.2 LEITUNGEN	1.944,1	0,0	46,9	1.897,1
3.3 BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG	2,5	0,0	0,0	2,5
	<b>3.339,6</b>	<b>0,0</b>	<b>46,9</b>	<b>3.292,7</b>
	<b>8.981,8</b>	<b>18.144,9</b>	<b>891,3</b>	<b>26.235,5</b>
<b>SONSTIGE UNVERSTEUERTE RÜCKLAGEN</b>				
<b>1. INVESTITIONSFREIBETRAG GEM. § 10 ESTG</b>				
1996	75,2	0,0	0,0	75,2
1997	139,0	0,0	0,0	139,0
1998	61,9	0,0	0,0	61,9
1999	37,9	0,0	0,0	37,9
2000	98,4	0,0	56,2	42,2
	<b>412,3</b>	<b>0,0</b>	<b>56,2</b>	<b>356,1</b>
<b>UNVERSTEUERTE RÜCKLAGEN</b>	<b>9.394,2</b>	<b>18.144,9</b>	<b>947,5</b>	<b>26.591,7</b>

## FRISTIGKEITENSPIEGEL

FRISTIGKEITENSPIEGEL		TAUSEND €							
	RESTLAUFZEIT ZUM 31. 12. 2009				RESTLAUFZEIT ZUM 31. 12. 2008				
	BIS ZU 1 JAHR	MEHR ALS 1 JAHR	MEHR ALS 5 JAHRE	SUMME	BIS ZU 1 JAHR	MEHR ALS 1 JAHR	MEHR ALS 5 JAHRE	SUMME	
<b>AUSLEIHUNGEN</b>									
1. AUSLEIHUNGEN AN UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT	15,0	45,0	0,0	60,0	15,0	60,0	0,0	75,0	
2. SONSTIGE AUSLEIHUNGEN	720,5	29,6	0,0	750,1	1.491,4	614,1	16,0	2.121,5	
	<b>735,5</b>	<b>74,6</b>	<b>0,0</b>	<b>810,1</b>	<b>1.506,4</b>	<b>674,1</b>	<b>16,0</b>	<b>2.196,5</b>	
<b>FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>									
1. FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	31.842,0	0,0	0,0	31.842,0	38.623,9	0,0	0,0	38.623,9	
2. FORDERUNGEN GEGENÜBER UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT	2,5	0,0	0,0	2,5	0,4	0,0	0,0	0,4	
3. SONSTIGE FORDERUNGEN UND VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	347,1	0,0	0,0	347,1	228,3	0,0	0,0	228,3	
	<b>32.191,6</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>32.191,6</b>	<b>38.852,6</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>38.852,6</b>	
<b>VERBINDLICHKEITEN</b>									
1. ERHALTENE ANZAHLUNGEN AUF BESTELLUNGEN	1,4	0,0	0,0	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0	
2. VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	11.837,3	780,6	80,9	12.698,8	5.404,8	1.300,4	0,0	6.705,2	
3. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN	92.262,0	37.611,1	337.354,2	467.227,3	42.362,5	34.798,6	346.757,0	423.918,1	
4. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT	16,5	0,0	0,0	16,5	12,5	0,0	0,0	12,5	
5. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN	4.258,2	250,5	0,0	4.508,7	2.405,5	9,9	0,0	2.415,4	
	<b>108.375,4</b>	<b>38.642,2</b>	<b>337.435,1</b>	<b>484.452,7</b>	<b>50.185,3</b>	<b>36.108,9</b>	<b>346.757,0</b>	<b>433.051,2</b>	

# ANHANG

## I. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

### VORBEMERKUNG

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

### ANLAGEVERMÖGEN

Die Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen. Der Katalog über die einheitlichen Abschreibungssätze im Verbund sieht im Wesentlichen folgende Abschreibungssätze vor:

#### ABSCHREIBUNGSSÄTZE

	ABSCHREIBUNGSSATZ IN %	NUTZUNGSDAUER IN JAHREN
<b>IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>		
RECHTE AN TELEKOMANLAGEN	10	10
RECHTE AN SOFTWAREPRODUKTEN	25	4
SONSTIGE RECHTE	5	20
<b>BAUTEN</b>		
WOHN- UND GESCHÄFTSGEBÄUDE	2 BZW. 3	33,3 BZW. 50
BETRIEBSGEBÄUDE	3	33,3
<b>TECHNISCHE ANLAGEN UND MASCHINEN</b>		
MASCHINEN	4 BZW. 5	20 BZW. 25
ELEKTRISCHE ANLAGEN	5	20
TELEKOMANLAGEN	10	10
LEITUNGEN	2	50
<b>BETRIEBS- UND GESCHÄFTSAUSSTATTUNG</b>	10–25	4–10

Bei Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen, die im Wirtschaftsjahr länger als 6 Monate genutzt werden, erfolgt die Abschreibung mit einer vollen Jahresrate, bei solchen, die kürzer als 6 Monate genutzt werden, mit einer halben Jahresrate.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten bewertet und – soweit abnutzbar – entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben.

In den Herstellungskosten selbsterstellter Anlagen sind neben den Einzelkosten auch angemessene Material- und Fertigungsgemeinkosten aktiviert. Auf die Ausübung des Bewertungswahlrechtes hinsichtlich Einbeziehung der sozialen Aufwendungen, Abfertigungen und betrieblichen Altersversorgung im Sinne

des § 203 Abs. 3 UGB sowie die Aktivierung der Fremdkapitalzinsen gemäß § 203 Abs. 4 UGB wurde verzichtet. Die geringwertigen Vermögensgegenstände gemäß § 226 Abs. 3 UGB werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Das Finanzanlagevermögen wird mit den Anschaffungskosten bzw. mit den ihm beizulegenden niedrigeren Werten angesetzt; bei nur vorübergehender Wertminderung sind die Wertpapiere des Anlagevermögens mit dem Anschaffungskurs bzw. dem zuletzt angesetzten Bilanzwert bewertet. Verzinsliche Ausleihungen werden mit ihrem Nennwert bilanziert. Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden als Ausleihungen im Finanzanlagevermögen ausgewiesen.

## UMLAUFVERMÖGEN

Die Bewertung der Vorräte an Hilfs- und Betriebsstoffen erfolgt zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips. Für die nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren bewerteten Betriebsstoff- und Ersatzteillager wird eine permanente Inventur durchgeführt. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer sowie geminderter Verwertbarkeit ergeben, sind durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet, soweit nicht im Falle erkennbarer Einzelrisiken ein niedrigerer Wert anzusetzen ist. Forderungen in Fremdwährungen sind mit dem Devisenmittelkurs zum Zeitpunkt ihres Entstehens bzw. zum niedrigeren Devisenreferenzkurs der Europäischen Zentralbank (EZB) des Bilanzstichtages (sofern nicht anderweitig kursgesichert) bewertet.

## RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Soweit in Folgejahren Steuerentlastungen zu erwarten sind, wird vom Wahlrecht Gebrauch gemacht, einen Abgrenzungsposten für latente Steuern auf der Aktivseite der Bilanz zu bilden, wobei die auf die Gruppenmitglieder entfallenden Steuerlatenzen entsprechend den Steuerumlagen beim laufenden Ergebnis in deren Bilanz ausgewiesen sind. Dieser Abgrenzungsposten resultiert aus Unterschieden zwischen den kumulierten unternehmensrechtlichen und steuerlichen Ergebnissen bei Posten, deren Aufwandsbelastung erst in Zukunft steuerlich verrechenbar sein wird.

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Baukostenbeiträge und Investitionszuschüsse erfasst, die entsprechend der Nutzungsdauer der Sachanlagen abgeschrieben werden.

## RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken, die einem bereits abgeschlossenen Geschäftsjahr zuzuordnen sind, und umfassen jene Beträge, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig waren.

Die Rückstellungen für Abfertigungen sind unter Zugrundelegung der in der internationalen Rechnungslegung üblichen Projected Unit Credit-Methode im vollen versicherungsmathematischen Ausmaß dotiert. Der Ansparzeitraum bei den Abfertigungsrückstellungen beträgt 25 Jahre. Für alle nach dem 31. 12. 2002 beginnenden Arbeitsverhältnisse besteht kein Direktanspruch des Arbeitnehmers auf gesetzliche Abfertigung gegen den Arbeitgeber. Für diese Arbeitsverträge zahlt der Arbeitgeber monatlich 1,53 % des Entgelts in eine Mitarbeitervorsorgekasse, in der die Beiträge auf einem Konto des Arbeitnehmers veranlagt werden. Über die gesetzlichen Ansprüche hinausgehende Bestimmungen des EVU-Kollektivvertrages werden in den Rückstellungen für Abfertigungen berücksichtigt.

Aufgrund von Betriebsvereinbarungen und Verträgen besteht die Verpflichtung, an Mitarbeiter unter bestimmten Voraussetzungen nach deren Eintreten in den Ruhestand Pensionszahlungen zu leisten. Diesen leistungsorientierten Verpflichtungen steht teilweise für diesen Zweck gebundenes Pensionskassenvermögen der BAV Pensionskassen AG gegenüber. Die gemäß der in der internationalen Rechnungslegung üblichen Projected Unit Credit-Methode ermittelte Rückstellung wird mit dem Pensionskassenvermögen saldiert ausgewiesen. Soweit diese leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen durch die BAV Pensionskassen AG zu erfüllen sind, besteht eine Nachschussverpflichtung von Seiten des Arbeitgebers.

Die Rückstellungen für laufende Pensionen, Anwartschaften auf Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen werden nach der Projected Unit Credit-Methode ermittelt, wobei versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste nach der Korridormethode erfasst werden. Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste, das sind Abweichungen zwischen prognostiziertem und am Ende der Berichtsperiode ermitteltem tatsächlichen Pensionsaufwand, werden somit erst dann (über künftige Perioden verteilt) im Aufwand erfasst, wenn die kumulierten Gewinne/Verluste 10 % des höheren Betrages aus Barwert der Verpflichtung oder beizulegendem Wert des Fondsvermögens übersteigen. Soweit jedoch die kumulierten, nicht erfassten Gewinne/Verluste ein Ausmaß von 20 % der bilanzierten Rückstellung überschreiten, werden diese sofort ergebniswirksam erfasst.

Als Rechnungsgrundlagen wurden die „AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler“ herangezogen.

Den Berechnungen zum 31. Dezember 2009 und 2008 liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

PARAMETER	2009	2008
ZINSSATZ		
PENSIONEN UND PENSIONSÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN	5,00–5,25 %	5,00–5,25 %
ABFERTIGUNGEN	5,00 %	5,00 %
TREND		
PENSIONSSTEIGERUNGEN	2,50 %	2,50 %
GEHALTSSTEIGERUNGEN	3,00 %	3,00 %
ZUSCHUSSZAHLUNGEN ZU PENSIONSÄHNLICHEN VERPFLICHTUNGEN – ALTVERTRÄGE	7,50 %	7,50 %
ZUSCHUSSZAHLUNGEN ZU PENSIONSÄHNLICHEN VERPFLICHTUNGEN – NEUVERTRÄGE	4,50 %	4,50 %
FLUKTUATION	0,00–4,00 %	0,00–4,00 %
PENSIONSALTER FRAUEN	56,5–65	56,5–65
PENSIONSALTER MÄNNER	61,5–65	61,5–65
ERWARTETE LANGFRISTIGE VERZINSUNG DES FONDSVERMÖGENS	2,00 %	2,00 %

Die Abzinsungssätze werden sowohl entsprechend den Restlaufzeiten der Verpflichtungen als auch äquivalent zu dem darin enthaltenen Bestand (Aktive und Pensionisten) differenziert.

## VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden zum Devisenreferenzkurs der EZB des Bilanzstichtages – sofern dieser über dem Entstehungskurs liegt – bewertet.

## STEUERN VOR EINKOMMEN

Die APG ist kein eigenes Steuersubjekt in Bezug auf die Körperschaftsteuer auf Grund der Einbeziehung als Gruppenmitglied in die Unternehmensgruppe der Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft) als Gruppenträger.

Vom Gruppenträger werden an die Gruppenmitglieder die von diesen verursachten Körperschaftsteuerbeträge mittels Steuerumlagen belastet bzw. (im Verlustfall) gutgeschrieben. Durch die Verrechnung von Steuerumlagen erfolgt eine Kürzung des Steueraufwandes in der Gewinn- und Verlustrechnung des Gruppenträgers.

Bei nachträglichen Abweichungen werden die Steuerverrechnungen gegenüber den Gruppenmitgliedern nur bei Wesentlichkeit angepasst.

## II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

### ALLGEMEINES

Im Interesse einer klaren Darstellung werden in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst. Diese Posten sind im Anhang gesondert erläutert. Der Ausweis der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurde in Form und Inhalt entsprechend den konzerneinheitlichen Erfordernissen des Verbund vorgenommen.

Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, die weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr einen Betrag aufwiesen, wurden gemäß § 223 Abs. 7 UGB nicht angeführt. Die Postenbezeichnungen wurden gemäß § 223 Abs. 4 UGB auf die tatsächlichen Inhalte verkürzt bzw. erweitert, soweit dies zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses zweckmäßig erschien.

Werden im Vergleich zum Vorjahr Änderungen im Ausweis vorgenommen, so werden grundsätzlich die Vorjahresbeträge gemäß § 223 Abs. 2 UGB angepasst.

### ERLÄUTERUNGEN ZU AKTIVA

#### A. ANLAGEVERMÖGEN

Details siehe gesonderte Aufstellung »Entwicklung des Anlagevermögens«.

#### (1) I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Der Restbuchwert der von verbundenen Unternehmen erworbenen Benützungrechte an Anlagen beträgt 385,0 tausend € (Vorjahr: 367,4 tausend €).

#### (2) II. SACHANLAGEN

Für die im Jahr 1999 von der Verbundgesellschaft eingebrachten Übertragungsanlagen betragen die im Zusammenhang mit der Finanzierung von Gegenständen des Anlagevermögens in den Jahren bis einschließlich 1989 aktivierten Fremdkapitalzinsen zum Bilanzstichtag 3.647,7 tausend € (Vorjahr: 5.226,4 tausend €).

#### (3) III. FINANZANLAGEN

Die Angaben gemäß § 238 Z 2 UGB sind in einer gesonderten Aufstellung »Angaben zu den Beteiligungen gemäß § 238 Z 2 UGB« dargestellt.

Die Entwicklung und Struktur der Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens ist der gesonderten Anlage »Entwicklung des Anlagevermögens« zu entnehmen.

Wertpapiere des Anlagevermögens:

Diese bestehen aus Anteilen an zwei österreichischen Investmentfonds.

Die unterlassenen Zuschreibungen betragen 776,1 tausend € (Vorjahr: 0,0 tausend €). Zum Bilanzstichtag sind keine Wertpapiere verpfändet.

## B. UMLAUFVERMÖGEN

VORRÄTE	TAUSEND €	
	2009	2008
HILFS- UND BETRIEBSSTOFFE	475,0	442,3

## (4) I. VORRÄTE

Details siehe gesonderte Aufstellung »Fristigkeitspiegel«.

SONSTIGE FORDERUNGEN UND VERMÖGENSGEGENSTÄNDE	TAUSEND €	
	2009	2008
PERSONALVERRECHNUNG	165,1	158,4
IM RAHMEN DER SOZIALEN SICHERHEIT	15,2	47,5
FINANZÄMTER	13,8	16,2
SONSTIGE	153,0	6,2
<b>SONSTIGE FORDERUNGEN UND VERMÖGENSGEGENSTÄNDE</b>	<b>347,1</b>	<b>228,3</b>

## (5) II. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	TAUSEND €	
	2009	2008
AKTIVE STEUERLATENZ	13.762,6	13.158,2
SONSTIGE	286,4	266,4
<b>RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	<b>14.049,0</b>	<b>13.424,6</b>

## (6) C. RECHNUNGS-ABGRENZUNGSPOSTEN

Die Aktive Steuerlatenz resultiert aus Unterschieden zwischen den kumulierten unternehmensrechtlichen und steuerlichen Ergebnissen bei Posten, deren Aufwandsbelastung erst in Zukunft steuerlich verrechenbar sein wird. Der Berechnung wurde ein Steuersatz von 25 % zugrunde gelegt.

## ERLÄUTERUNGEN ZU PASSIVA

## A. EIGENKAPITAL

Das Grundkapital beträgt 70.000,0 tausend € und ist eingeteilt in 70.000.000 auf Namen lautende Stückaktien.

## (7) I. GRUNDKAPITAL

Die Kapitalrücklagen bestehen aus gebundenen Kapitalrücklagen in Höhe von 7.000,0 tausend € (Vorjahr: 7.000,0 tausend €) und nicht gebundenen Kapitalrücklagen in Höhe von 8.256,3 tausend € (Vorjahr: 8.256,3 tausend €).

## (8) II. KAPITALRÜCKLAGEN

Die gebundenen Kapitalrücklagen entsprechen 10 % des Grundkapitals.

Die Gewinnrücklagen betreffen freie Rücklagen in Höhe von 128.284,0 tausend € (Vorjahr: 146.429,0 tausend €) und freie investitionsbedingte Rücklagen in Höhe von 64.587,3 tausend € (Vorjahr: 49.729,2 tausend €).

## (9) III. GEWINNRÜCKLAGEN

**(10) IV. BILANZGEWINN**

Der Bilanzgewinn zeigt folgende Entwicklung:

BILANZGEWINN	TAUSEND €
ZUM 31. 12. 2008	0,0
JAHRESÜBERSCHUSS	48.151,8
VERÄNDERUNG GEWINNRÜCKLAGEN	3.286,9
VERÄNDERUNG UNVERSTEUERTER RÜCKLAGEN	-17.197,4
ERGEBNISABFUHR AN VERBUNDGESELLSCHAFT	-34.241,3
<b>ZUM 31. 12. 2009</b>	<b>0,0</b>

**(11) B. UNVERSTEUERTE RÜCKLAGEN  
(12) C. RÜCKSTELLUNGEN**

Details siehe gesonderte Aufstellung »Entwicklung der un versteuerten Rücklagen«.

1. RÜCKSTELLUNGEN FÜR ABFERTIGUNGEN	TAUSEND €	
	2009	2008
DECKUNGSKAPITAL AUFGRUND VERSICHERUNGSMATHEMATISCHER BERECHNUNG	23.566,1	23.695,8
VERSTEUERTER TEIL DER RÜCKSTELLUNGEN	23.566,1	23.695,8

Im Jahr 2002 wurde die Rückstellung gemäß § 14 EStG auf eine als versteuert geltende Rücklage steuerfrei übertragen (§ 124 b Z 68 EStG).

2. RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN	TAUSEND €	
	2009	2008
PENSIONS-RÜCKSTELLUNG	61.177,8	65.756,2
DAVON PENSIONSÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN	27.532,2	26.689,1

Die nicht realisierten versicherungsmathematischen Verluste aus der Anwendung der Korridormethode betragen zum Bilanzstichtag 3.720,5 tausend € (Vorjahr: 5.252,3 tausend €).

3. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN	TAUSEND €	
	2009	2008
NOCH NICHT ABGERECHNETE LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	56.449,2	51.071,2
NETZVERRECHNUNG	21.838,0	5.783,3
DROHENDE VERLUSTE AUS SYSTEMDIENSTLEISTUNGEN UND ÜBERTRAGUNGSVERLUSTE	3.879,8	3.996,2
SONSTIGE	11,0	1,7
<b>SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN</b>	<b>82.178,0</b>	<b>60.852,4</b>

SONSTIGE PERSONALBEZOGENE RÜCKSTELLUNGEN	TAUSEND €	
	2009	2008
VORPENSIONEN UND FREIWILLIGE ABFERTIGUNGEN	5.585,1	8.338,5
NICHT KONSUMIERTE URLAUBE	3.884,1	4.689,0
DROHENDE VERLUSTE AUS PERSONALABSTELLUNG	2.800,4	3.427,0
PRÄMIEN	1.556,4	1.481,5
URLAUBSZUSCHUSS	1.379,1	1.419,5
ZEITGUTHABEN	355,3	350,4
SONSTIGE	56,1	50,6
<b>SONSTIGE PERSONALBEZOGENE RÜCKSTELLUNGEN</b>	<b>15.616,5</b>	<b>19.756,5</b>

Details siehe gesonderte Aufstellung »Fristigkeitspiegel«.

(13) D. VERBINDLICHKEITEN

In den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen 388.811,5 tausend € (Vorjahr: 398.925,4 tausend €) Finanzverbindlichkeiten und 78.415,8 tausend € (Vorjahr: 24.992,7 tausend €) sonstige Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen 16,5 tausend € (Vorjahr: 12,5 tausend €) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN	TAUSEND €	
	2009	2008
AUS STEUERN	3.133,6	1.688,4
IM RAHMEN DER SOZIALEN SICHERHEIT	752,1	690,6
PERSONALVERRECHNUNG	16,2	15,6
SONSTIGE	606,9	20,8
<b>SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN</b>	<b>4.508,8</b>	<b>2.415,4</b>

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	TAUSEND €	
	2009	2008
BAUKOSTENBEITRÄGE (FINANZIERUNGSBEITRÄGE)	31.593,2	30.755,2
SONSTIGE		
VORAUSZAHLUNGEN FÜR AUKTIONEN	7.631,5	11.028,2
INVESTITIONSZUSCHÜSSE	2.071,8	1.641,7
PACHTVORAUSZAHLUNG TELEKOMSACHANLAGEN VERBUNDENE UNTERNEHMEN	429,2	561,5
VORAUSZAHLUNGEN FÜR NETZNUTZUNG	2.846,4	0,0
<b>RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	<b>44.572,1</b>	<b>43.986,6</b>

(14) E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die Baukostenbeiträge betreffen Beitragszahlungen Dritter im Zusammenhang mit der Nutzung einzelner Anlagen. In den Rechnungsabgrenzungsposten betreffen 7.194,3 tausend € (Vorjahr: 4.578,4 tausend €) verbundene Unternehmen.

## ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

**(15) 1. UMSATZERLÖSE**

UMSATZERLÖSE		TAUSEND €	
		2009	2008
<b>ERLÖSE AUS NETZTARIFVERRECHNUNG</b>			
INLAND	ENERGIEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN	230.287,8	226.168,5
	INDUSTRIELLE KUNDEN	13.859,3	14.873,6
	SONSTIGE KUNDEN	6.722,4	5.601,2
		250.869,5	246.643,3
EU	ENERGIEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN	1.633,5	3.638,6
	SONSTIGE KUNDEN	19.309,2	11.999,3
		20.942,7	15.637,9
DRITTLÄNDER	SONSTIGE KUNDEN	4.588,9	2.835,4
		4.588,9	2.835,4
<b>ERLÖSE AUS NETZTARIFVERRECHNUNG</b>		<b>276.401,1</b>	<b>265.116,6</b>
<b>BENÜTZUNGS- UND BETRIEBSFÜHRUNGSENTGELTE</b>			
INLAND	ENERGIEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN	14.466,6	11.849,5
	INDUSTRIELLE KUNDEN	52,5	42,6
	SONSTIGE KUNDEN	1.341,0	3.242,4
		15.860,1	15.134,5
EU	ENERGIEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN <sup>1</sup>	-6.954,5	-14.039,1
	INDUSTRIELLE KUNDEN	0,0	5,1
	SONSTIGE KUNDEN	32.557,6	44.283,9
		25.603,1	30.249,9
DRITTLÄNDER	ENERGIEVERSORGUNGSUNTERNEHMEN	5.484,0	4.465,9
	SONSTIGE KUNDEN	13.977,1	23.735,4
		19.461,1	28.201,3
<b>BENÜTZUNGS- UND BETRIEBSFÜHRUNGSENTGELTE</b>		<b>60.924,3</b>	<b>73.585,7</b>
SONSTIGE ERLÖSE		13.161,2	12.777,9
<b>UMSATZERLÖSE</b>		<b>350.486,6</b>	<b>351.480,2</b>

<sup>1</sup> Gemäß den Auction Rules bzw. den daraus resultierenden Vereinbarungen mit den jeweiligen internationalen Netzpartnern ist die Verrechnung der gesamten Auktionserlöse seitens der APG an die jeweiligen Auktionsteilnehmer (=Stromhändler) vorgesehen. Vereinbarungsgemäß sind 50 % dieser Erlöse an den jeweiligen Netzpartner zu refundieren. Dies erfolgt mittels Rechnungslegung seitens des Netzpartners an APG.

**(16) 3. SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE**

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE		TAUSEND €	
		2009	2008
a) ERTRÄGE AUS DEM ABGANG VOM ANLAGEVERMÖGEN MIT AUSNAHME DER FINANZANLAGEN		268,8	232,6
b) ERTRÄGE AUS DER AUFLÖSUNG VON RÜCKSTELLUNGEN		151,3	3.530,5
c) ÜBRIGE		5.317,5	4.953,9
<b>SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE</b>		<b>5.737,6</b>	<b>8.717,0</b>

PERSONALAUFWAND	TAUSEND €		(17) 6. PERSONALAUFWAND
	2009	2008	
a) LÖHNE	163,1	166,2	
b) GEHÄLTER	31.627,7	32.208,1	
	<b>31.790,8</b>	<b>32.374,3</b>	
c) AUFWENDUNGEN FÜR ABFERTIGUNGEN UND LEISTUNGEN AN BETRIEBLICHE MITARBEITERVORSORGEKASSEN			
ABFERTIGUNGSZAHLUNGEN	1.881,1	1.913,2	
BEITRAGSZAHLUNGEN MITARBEITERVORSORGEKASSE	84,6	61,2	
VERÄNDERUNG DER ABFERTIGUNGSRÜCKSTELLUNG	-129,7	-727,1	
AUFWENDUNGEN ÜBERNAHMEN/ÜBERTRITTE KONZERN	66,8	815,8	
	<b>1.902,8</b>	<b>2.063,1</b>	
d) AUFWENDUNGEN FÜR ALTERSVERSORGUNG			
VORPENSIONEN, PENSIONSZAHLUNGEN UND PENSIONSÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN	7.041,5	7.761,8	
VERÄNDERUNG DER RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND PENSIONSÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN	-4.578,4	4.168,7	
AUFWENDUNGEN ÜBERNAHMEN/ÜBERTRITTE KONZERN	16,8	321,3	
VERÄNDERUNG DER RÜCKSTELLUNGEN FÜR VORPENSIONEN	-2.753,3	-727,2	
VERÄNDERUNG DER RÜCKSTELLUNG FÜR DROHENDE VERLUSTE AUS PERSONALABSTELLUNG	-91,3	-272,6	
PENSIONSKASSENBEITRÄGE (EINSCHLIESSLICH NACHSCHUSSVERPFLICHTUNG)	5.642,2	1.430,7	
	<b>5.277,5</b>	<b>12.682,7</b>	
e) AUFWENDUNGEN FÜR GESETZLICH VORGESCHRIEBENE SOZIALABGABEN SOWIE VOM ENTGELT ABHÄNGIGE ABGABEN UND PFLICHTBEITRÄGE	7.269,2	7.238,5	
f) SONSTIGE SOZIALAUFWENDUNGEN	557,4	577,8	
<b>PERSONALAUFWAND</b>	<b>46.797,7</b>	<b>54.936,4</b>	

Die Zinsen im Personalaufwand für langfristige Personalrückstellungen betragen 6.279,2 tausend € (Vorjahr: 6.354,8 tausend €).

ABSCHREIBUNGEN	TAUSEND €		(18) 7. ABSCHREIBUNGEN
	2009	2008	
a) ABSCHREIBUNGEN AUF IMMATERIELLE GEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS UND SACHANLAGEN			
PLANMÄSSIGE ABSCHREIBUNGEN	58.349,7	52.063,0	
SOFORTABSCHREIBUNG GERINGWERTIGER VERMÖGENSGEGENSTÄNDE GEMÄSS § 13 ESTG	122,5	111,1	
<b>ABSCHREIBUNGEN</b>	<b>58.472,2</b>	<b>52.174,1</b>	

**(19) 8. SONSTIGE BETRIEBLICHE  
AUFWENDUNGEN**

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN		TAUSEND €	
	2009	2008	
a) STEUERN, SOWEIT SIE NICHT UNTER STEUERN VOM EINKOMMEN (Z 17) FALLEN	209,9	201,5	
	<b>209,9</b>	<b>201,5</b>	
b) ÜBRIGE			
FREMDLIEFERUNGEN UND -LEISTUNGEN FÜR REPARATUREN UND INSTANDHALTUNGEN	13.068,8	15.833,0	
REGULATORKOSTEN	9.300,0	6.366,8	
TELEKOMLEISTUNGEN, DATENDIENSTE	7.362,7	6.884,6	
ÜBRIGER VERWALTUNGSaufWAND FÜR ADMINISTRATION	4.054,4	3.466,6	
IT-SUPPORT, EDV	3.348,3	3.519,6	
AUSHILFSARBEITEN UND PERSONALABSTELLUNGEN	2.891,4	3.412,4	
ABSCHREIBUNGEN UND WERTBERICHTIGUNG VON FORDERUNGEN	2.670,8	468,9	
BETRIEBSKOSTEN FÜR BAULICHKEITEN, MIETEN UND LEASING	1.973,7	1.336,5	
RECHTS-, PRÜFUNGS- UND BERATUNGSaufWENDUNGEN	1.585,4	1.536,6	
FAHRT- UND REISESPESEN	1.485,1	1.654,4	
AUS- UND WEITERBILDUNG	990,2	1.121,0	
SONSTIGE aufWENDUNGEN	9.248,2	10.376,1	
	<b>57.979,0</b>	<b>55.976,5</b>	
<b>SONSTIGE BETRIEBLICHE aufWENDUNGEN</b>	<b>58.188,9</b>	<b>56.178,0</b>	

**(20) 15. FINANZERGEBNIS**

FINANZERGEBNIS		TAUSEND €	
	2009	2008	
<b>SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE</b>			
AUS VERBUNDENEN UNTERNEHMEN	17,9	1.422,4	
<b>ZINSEN UND ÄHNLICHE aufWENDUNGEN</b>			
AUS VERBUNDENEN UNTERNEHMEN	12.668,5	21.582,8	

**(21) 17. STEUERN  
VOM EINKOMMEN**

STEUERN VOM EINKOMMEN		TAUSEND €	
	2009	2008	
VOM GRUPPENTRÄGER			
STEUERN VOM EINKOMMEN LAUFENDE PERIODE	10.735,0	16.329,8	
LATENTE STEUERN	-604,4	1.254,3	
<b>STEUERN VOM EINKOMMEN</b>	<b>10.130,6</b>	<b>17.584,1</b>	

### III. SONSTIGE ANGABEN

#### 1. GESAMTBETRAG DER SONSTIGEN FINANZIELLEN VERPFLICHTUNGEN

##### WESENTLICHE POSTEN

	GESAMTVERPFLICHTUNG	2010	2010-2014
MIET- UND LEASINGVERTRÄGE, VERSICHERUNGEN	<sup>1</sup>	2.124,8	10.624,1
BESTELLOBLIGO	96.537,7	66.642,8	96.537,7
DAVON GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN	<sup>1</sup>	65,4	326,9

<sup>1</sup> die Gesamtverpflichtung ist aufgrund unbestimmter Vertragsdauer betragsmäßig nicht ermittelbar

Gegenüber Grundeigentümern bestehen befristete Nachschussverpflichtungen bis zu 10 Jahre nach Inbetriebnahme einer Leitung, wenn Grund in Bauland umgewidmet wird.

Die APG ist als Übertragungsnetzbetreiber gemäß ElWOG zur Herstellung des Ausgleiches zwischen Erzeugung und Verbrauch zum Betrieb eines sicheren Systems sowie zur Frequenz- und Spannungshaltung verpflichtet. Zur Erfüllung dieser Pflichten kauft die APG Netzdienstleistungen in Form von Sekundär- und Tertiärregelleistung, Ausgleichsleistung, Spannungs- bzw. Blindleistungsregelung, Verlustabdeckung, Eigenbedarf der Umspannwerke und Störungs- sowie Engpassmanagement von der Verbundgesellschaft zu.

Mit der VERBUND Management Service GmbH (VMSG) besteht ein Vertrag für die Verrechnung von Dienstleistungen in den Bereichen Informatik, Versicherung, Liegenschaftsrecht und -verwaltung, Beschaffung, Finanzbuchhaltung, Personalverrechnung sowie administrative Services.

Mit der VERBUND-Finanzierungsservice GmbH (VFG) besteht ein Vertrag für die Verrechnung von Dienstleistungen bezüglich Zahlungsverkehrabwicklung und Cash Management.

Aufgrund von Betriebsvereinbarungen und Verträgen besteht die Verpflichtung, an Mitarbeiter unter bestimmten Voraussetzungen nach deren Eintreten in den Ruhestand Pensionszahlungen zu leisten. Soweit diese Pensionsverpflichtungen durch die BAV Pensionskassen AG zu erfüllen sind, besteht eine Nachschussverpflichtung von Seiten des Arbeitgebers. Aufgrund der Entwicklung auf den Finanzmärkten wurde von der BAV Pensionskassen AG zur Abdeckung leistungsorientierter Pensionsverpflichtungen eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 0,0 tausend € (Vorjahr rd. 5.493,5 tausend €) gemeldet.

Zum Bilanzstichtag hatten 80 Dienstnehmer einen Treuebrief, der einen erhöhten Kündigungsschutz bietet. Voraussetzung dafür war eine zwanzigjährige Tätigkeit im Verbund und die Vollendung des 45. Lebensjahres.

## 2. PERSONALSTAND

### DURCHSCHNITT

	2009	2008
ANGESTELLTE	415	410
LEHRLINGE	15	13
<b>PERSONALSTAND</b>	<b>430</b>	<b>423</b>

## 3. AUFWAND FÜR ABFERTIGUNGEN UND PENSIONEN

### AUFWAND FÜR ABFERTIGUNGEN UND PENSIONEN

TAUSEND €

	2009	2008
<b>ARBEITNEHMER</b>	<b>7.180,3</b>	<b>14.745,8</b>

Im Geschäftsjahr waren durchgehend zwei Mitglieder des Vorstandes bestellt, weshalb weitere Angaben nach § 241 Abs. 4 UGB entfallen.

## 4. ORGANE DER GESELLSCHAFT

Die Angaben über die Organe der Gesellschaft (Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder) sind vor dem Lagebericht angeführt.

An die Vorstandsmitglieder wurden keine Kredite oder Vorschüsse ausbezahlt.

Im Geschäftsjahr waren durchgehend zwei Mitglieder des Vorstandes bestellt, weshalb weitere Angaben nach § 241 Abs. 4 UGB entfallen. An die Vorstandsmitglieder wurden keine Kredite oder Vorschüsse ausbezahlt.

Die Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates beliefen sich im Berichtsjahr auf 38.500 € (Vorjahr: 33.852 €).

## 5. KONZERNBEZIEHUNGEN

Konsolidierungspflichtiges Mutterunternehmen der Gesellschaft ist die Österreichische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (Verbundgesellschaft), Am Hof 6a, 1010 Wien.

Die APG ist Gruppenmitglied der Unternehmensgruppe des Mutterunternehmens (i.S.d. § 9 Abs. 8 KStG).

Ungeachtet der mit der Gruppenträgerin abgeschlossenen Gruppen- und Steuerumlagevereinbarung bleibt der zwischen der Verbundgesellschaft und der APG abgeschlossene Ergebnisabführungsvertrag vom 20. 11. 2001 unverändert aufrecht.

Der Konzernabschluss wird beim Firmenbuch des Handelsgerichtes Wien hinterlegt.

## 6. UNBUNDLING

Der Verbund hat die bereits bestehende Aufteilung in Geschäftsfelder (formales Unbundling) im Geschäftsjahr 1999 durch ein rechtliches Unbundling ergänzt, d.h. durch die weitere Errichtung von gesellschaftsrechtlich eigenständigen Unternehmen mit getrennten Geschäftsleitungen und Rechnungswesen.

Geschäfte im Sinne des § 8 Abs. 2 ElWOG werden insbesondere mit folgenden Gesellschaften getätigt:

### GESELLSCHAFTEN

STROMLIEFERUNGEN	VERBUND-Austrian Hydro Power AG, VERBUND-Austrian Thermal Power GmbH & Co KG, Ennskraftwerke Aktiengesellschaft, Verbundgesellschaft
NETZDIENSTLEISTUNGEN	VERBUND-Austrian Hydro Power AG, VERBUND-Austrian Thermal Power GmbH & Co KG, Ennskraftwerke Aktiengesellschaft, Österreichisch-Bayerische Kraftwerke Aktiengesellschaft, Donaukraftwerk Jochenstein Aktiengesellschaft, KELAG-Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, STEWEAG-STEG GmbH, Verbundgesellschaft
TELEKOMMUNIKATION	VERBUND-Telekom Service GmbH
DIENSTLEISTUNGEN	VERBUND Management Service GmbH (für Informatik, Versicherung, Liegenschaftsrecht und -verwaltung, Beschaffung, Finanzbuchhaltung, Personalverrechnung, allgemeine Services), Verbundgesellschaft
FINANZIERUNG	VERBUND-Finanzierungsservice GmbH, VERBUND-International Finance B.V.
ENGINEERING	PÖYRY Energy GmbH
PERSONALABSTELLUNGEN	VERBUND Management Service GmbH, VERBUND-Telekom Service GmbH, PÖYRY Energy GmbH, VERBUND-Austrian Power Trading AG

Wien, am 28. 01. 2010

Der Vorstand

Mag. Thomas Karall e.h.

Baurat h.c. Dipl.-Ing. Dr. Heinz Kaupa e.h.

## ANGABEN ZU DEN BETEILIGUNGEN GEMÄSS § 238 Z 2 UGB

### ANGABEN ZU DEN BETEILIGUNGEN GEMÄSS § 238 Z 2 UGB

TAUSEND €

<sup>1</sup> Eigenkapitalbegriff  
entsprechend  
§ 224 Abs. 3 lit.a UGB

	SITZ	KAPITALANTEIL IN % PER 31. 12. 2009	LETZTER JAHRES- ABSCHLUSS	(+) (-)	JAHRESÜBERSCHUSS/ -FEHLBETRAG	EIGENKAPITAL <sup>1</sup>
<b>VERBUNDENE UNTERNEHMEN, NICHT KONSOLIDIERT</b>						
RIECADO REGIONAL ENERGY CAPACITY AUCTION DATA OPERATOR GMBH						
	WIEN	70,80 <sup>2</sup>	2008	+	33,9	62,5
<b>BETEILIGUNGEN</b>						
OEMAG ABWICKLUNGSSTELLE FÜR ÖKOSTROM AG						
	WIEN	24,40	2008	+	647,0	5.692,5

<sup>2</sup> davon 49,6 % über einen Treuhänder

## GLOSSAR

EBIT	Earnings before Interest and Taxes: Ergebnis vor Zinsaufwendungen (inklusive personalbezogene Zinsen) und Steuern.
Eigenkapital-Quote	Eigenkapital zuzüglich die um die latenten Steuern bereinigten unverschuldeten Rücklagen und Investitionszuschüsse, im Verhältnis zum Gesamtkapital.
Fiktive Schuldentilgungsdauer	Verhältnis der Schulden zum Mittelüberschuss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.
Gearing	Nettoverschuldung im Verhältnis zum Eigenkapital zuzüglich die um die latenten Steuern bereinigten unverschuldeten Rücklagen und Investitionszuschüsse.
Netto-Geldfluss	Saldo aus dem Zufluss und dem Abfluss von liquiden Mitteln; wird üblicherweise gegliedert in Netto-Geldflüsse aus der operativen Tätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.
Nettoumlaufvermögen	Kurzfristiges Vermögen (inklusive kurzfristige Ausleihungen und kurzfristige Rechnungsabgrenzungsposten) abzüglich kurzfristige Schulden (inklusive kurzfristige Rechnungsabgrenzungen).
Nettoverschuldung	Zinsbelastetes Fremdkapital abzüglich flüssige Mittel (inklusive Wertpapiere und Anteile des Umlaufvermögens).
ROE	Return on Equity: Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Verhältnis zum Eigenkapital zuzüglich die um die latenten Steuern bereinigten unverschuldeten Rücklagen und Investitionszuschüsse, am Beginn des Geschäftsjahres.
ROI	Return on Investment: Ergebnis vor Zinsaufwendungen (inklusive personalbezogene Zinsen) und Steuern im Verhältnis zum Gesamtkapital am Beginn des Geschäftsjahres.
ROCE	Return on Capital Employed: Ergebnis vor Zinsaufwendungen (inklusive personalbezogene Zinsen) abzüglich darauf entfallende Steuern im Verhältnis zum durchschnittlich eingesetzten Kapital.
ROS	Return on Sales: Ergebnis vor Zinsaufwendungen (inklusive personalbezogene Zinsen) und Steuern im Verhältnis zu den Umsatzerlösen.

# BESTÄTIGUNGSVERMERK

## BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der **VERBUND-Austrian Power Grid AG, Wien**, für das Geschäftsjahr **vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2009** unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die **Bilanz zum 31. Dezember 2009**, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2009 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

### VERANTWORTUNG DER GESETZ- LICHEN VERTRETER FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND FÜR DIE BUCHFÜHRUNG

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt des Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

### VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS UND BESCHREIBUNG VON ART UND UMFANG DER GESETZLICHEN ABSCHLUSSPRÜFUNG

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage **der VERBUND-Austrian Power Grid AG zum 31. Dezember 2009** sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr **vom 1. Jänner 2009 bis zum 31. Dezember 2009** in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

## PRÜFUNGSURTEIL

## AUSSAGEN ZUM LAGEBERICHT

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 28. 01. 2010

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH

Mag. Gerhard Marterbauer e.h.  
Wirtschaftsprüfer

MMag. Dr. Klaus-Bernhard Gröhs e.h.  
Wirtschaftsprüfer

## BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr in vier Aufsichtsratssitzungen sowie in zwei Arbeits-/Prüfungsausschusssitzungen die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben und Befugnisse wahrgenommen.

Die Geschäftsführung des Vorstandes wurde vom Aufsichtsrat laufend auf Grund mündlicher und schriftlicher Berichterstattung über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens geprüft. Diese Überprüfungen haben zu keinerlei Beanstandungen Anlass gegeben. Die Buchführung und der Jahresabschluss sind von der Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH, Wien, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat über das Ergebnis schriftlich berichtet und festgestellt, dass der Vorstand die verlangten Aufklärungen und Nachweise erbracht hat, Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermitteln und der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Der Aufsichtsrat hat den vorgelegten Jahresabschluss, welchem der Abschlussprüfer seinen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, sowie den Lagebericht des Vorstandes geprüft. Der Lagebericht des Vorstandes wurde genehmigt und zur Kenntnis genommen. Der Jahresabschluss wurde vom Aufsichtsrat gebilligt, wodurch er gemäß § 96 (4) Aktiengesetz festgestellt ist.

Abschließend dankt der Aufsichtsrat dem Vorstand sowie den Arbeitnehmern der Gesellschaft für ihre erfolgreiche Tätigkeit.

Wien, am 25. 02. 2010

Für den Aufsichtsrat

DDr. Erhard Schaschl e.h.  
(Vorsitzender)



# IMPRESSUM

Herausgeber: VERBUND-Austrian Power Grid AG  
Wagramer Straße 19, A-1220 Wien

Kontakt: [www.apg.at](http://www.apg.at)  
E-Mail: [apg@verbund.at](mailto:apg@verbund.at)

Design: AHA design / planetx  
Druck: Manz Crossmedia GmbH & Co KG